

Berichte



2012

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

4

Deutsches Institut für Urbanistik

	Standpunkt		Veranstaltungen und Fortbildung
2	Ohne Stärkung der Mittel- und Klein-Städte geht es nicht! Oder?	18	Kommunaler Klimaschutz 2012: Wettbewerb zeichnet zehn Kommunen für herausragende Projekte aus
	Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen	20	Start in das neue Programmjahr der Fahrradakademie
4	Große Städte fühlen sich gut über Mobilfunkausbau informiert	21	Radverkehr gemeinsam entwickeln: 5. Kommunalkonferenz in Hannover
5	Difu-Umfrage zur kommunalen Wirtschaftsförderung	22	Wenn Einfamilienhausgebiete in die Jahre kommen
6	Difu-Gutachten zu BER: Auswirkung des Flughafens auf die Kommunen	24	Kulturinfrastruktur und Kulturförderung
7	Fünf Jahre Leipzig Charta	25	Diagnostik ist keine Sekundenaufnahme!
8	Integration vor Ort		Weitere Rubriken
9	Difu-Umfrage zu aktuellen Formen der Bürgerbeteiligung	16	Difu-Expertise nutzen für Stadt und Region
10	Kommunales Energiemanagement leistet Beitrag zur Energiewende	26	Neue Veröffentlichungen im Difu-Inter- und -Extranet
11	Klimaschutz & Biodiversität	27	Difu aktiv: Auswahl
12	Klimaschutz: Novellierte Kommunalrichtlinie bringt zusätzliche Fördermöglichkeiten	28	Difu-intern: Abschied und Neubeginn
14	Europäische Erfahrungen für kommunale Kampagnen pro Rad	28	Was ist eigentlich ein Lärmaktionsplan?
	Neue Projekte	29	Mediennachlese
15	Grundlagenforschung zur Baugebietstypologie der Baunutzungsverordnung	30	Impressum
		31	Bestellschein

Ohne Stärkung der Mittel- und Kleinstädte geht es nicht! Oder?



Klaus J. Beckmann

Foto: David Ausserhofer

Das Städtesystem in Deutschland ist im zusammenwachsenden Europa Garant der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung sowie einer ausgewogenen Raumentwicklung. Städte leisten wichtige Beiträge zur Energiewende, zum Klimaschutz und zur Klimafolgenbewältigung. Auch die Großstädte bzw. Metropolenregionen tragen dazu bei. Bedeutsam sind aber auch die vielen Klein-, Mittelstädte und kleinen Großstädte.

Mittelstädte und Kleinstädte – „blinde Flecken“ der Politik?

Mittel- und Kleinstädte sind nicht vorrangiges Thema der Politik. Dies gilt für Wirtschafts-, Finanz-, Raumordnungs-, Infrastruktur-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Sie sind nur „Aufmacher“ der Medien, wenn Unfälle, Skandale oder andere Ereignisse berichtenswert erscheinen. Dies wird ihrer Bedeutung und Leistungskraft nicht gerecht. Aktuelles Indiz ist die „Kommunalreform“ in ostdeutschen Bundesländern mit der „Einkreisung“ der Städte, wodurch diese ihren Status als kreisfreie Städte verloren haben. Plauen, Greifswald, Zwickau, Hoyerswerda, Stralsund oder Neubrandenburg sind Beispiele. Überlegungen in Brandenburg gehen in die gleiche Richtung. Dort könnte es Cottbus, Brandenburg, Frankfurt/Oder... betreffen.

Warum ist diese Entwicklung beobachtenswert? Mittel- und Kleinstädte bieten trotz aller Strukturschwächen wichtige zentralörtliche Funktionen: Schulen, Basisversorgung, Gesundheitsversorgung, Einzelhandel soziale und privatwirtschaftliche Dienstleistungen. Sie sind oft Träger der räumlichen und staatlichen Entwicklung Deutschlands gewesen, waren Residenzstädte, Bischofssitze oder entstanden im Umfeld von Klöstern. Sie waren Verkehrsknoten und Märkte oder Kristallisationskerne der Industrialisierung. Heute sind sie oft durch Abwanderung von Bevölkerung und Unternehmen, Abkopplung von Infrastruktur und Entwicklungsdynamik sowie durch Abhängigkeit von Transferleistungen bestimmt. Dennoch sind sie Träger der Daseinsvorsorge und Garanten der Sicherung von „Gleichwertigkeit“ der Lebensbedingungen. Sie erbringen unverzichtbare Leistungen in den demografischen, sozialen und wirtschaftlichen Transformationsprozessen.

Gerade Mittel- und Kleinstädte sind stets Standorte zivilgesellschaftlichen Engage-

ments, wirtschaftlicher Ideen, Gründungen und Aktivitäten. Sie fördern sozialen Ausgleich und soziale Integration. Durch ihre geringe Größe und räumliche Nachbarschaftsnähe erschweren sie soziale Spaltung. Im Gegensatz zu Großstädten, wo zivilgesellschaftliches Engagement jeweils in den einzelnen Stadtvierteln existiert, bieten Klein- und Mittelstädte einen besonderen „Humus“ für gesellschaftliches und lokales Engagement: Obwohl man sich gegenseitig beäugt, entsteht Öffentlichkeit, sind selbstbestimmtes und experimentierendes Verhalten in (halb-) öffentlichen Räumen möglich. Dies gilt zumindest derzeit noch, auch wenn gerade junge und sozial aktive Bevölkerungsgruppen abgewandert sind. Eine besondere Rolle spielen dabei Straßen und Parks, aber auch Kindergärten und Schulen sowie öffentliche Einrichtungen wie Rathäuser, Spielanlagen oder Einkaufszonen. Klein- und Mittelstädte bieten städtisches Leben mit politischer Selbstbestimmtheit und sozialem Engagement sowie mit innovativer Ausdifferenzierung von Leistungen und Angeboten.

Behindern Mega-Trends der Stadtentwicklung Klein- und Mittelstädte?

Mega-Trends für die räumliche, soziale, ökonomische, ökologische und politische Entwicklung sind in städtischen ähnlich denen in ländlich geprägten Regionen, die gekennzeichnet sind durch

- Alterung und langfristige Abnahme der Bevölkerung,
- Veränderung der Lebensstile, Zunahme kleiner Haushalte, befristete Lebensgemeinschaften, Alleinerziehende usw.,
- multilokale Lebensweisen – Wohnort, Arbeitsort, Freizeit-/Kulturort.

Hinzu kommen die Anforderungen aus

- Energieeinsparung und Nutzung regenerativer Energiequellen,
- postfossilen Lebens-, Produktions- und Mobilitätsweisen,
- Klimafolgenbewältigung sowie
- Auswirkungen der Schuldenbremse auf Kommunalhaushalte.

Diese Trends fördern und fordern neue Betriebs- und Organisationsformen, die veränderte Zuständigkeiten erfordern. Sie haben meist „stabile“, resiliente Systeme und zeigen

eine Abkehr von großen zentralen Anlagen, Vernetzung sowie Kreislaufprozesse.

Nicht nur Systeme der Energieerzeugung, -verteilung und -speicherung müssen von großen zentralen Anlagen auf Basis von Kohle-, Gas- oder Atomkraftwerken auf große zentrale regenerative Energieerzeugung mit Off- bzw. On-Shore-Windkraftanlagen, Solarzellenfeldern u.a. umgestellt werden. Umgestellt werden muss v.a. auch auf Systeme der dezentralen bzw. regionalen Erzeugung aus Blockheizkraftwerken, Tiefen- und Oberflächen-Geothermie, Windkraft- und Sonnenenergie, „Kleinst“-Wasserkraftwerke, Energieerzeugung und Wärmegewinnung aus Bio-Masse, Abfällen und Abwasser. Produktionsbetriebe, Wohngebäude und Verkehrsmittel stehen dabei in einem intensiven Verbund – in Abhängigkeit von den jeweiligen Erzeugungs- und Nachfrageschwankungen nehmen sie die Rolle als Verbraucher, als (Zwischen-)Speicher und/oder als Erzeuger ein.

Auch die Infrastrukturnetze und -dienstleistungen der Wasserbetriebe, Abfallbeseitigung und Wertstoffnutzung sowie von Verkehr und Mobilität müssen auf semi-zentrale und dezentrale Systeme umgestellt werden. Dezentralität sowie energieeffiziente und transportsparende Kreislaufprozesse legen eine kleinräumige Umsetzung insbesondere in Klein- und Mittelstädten sowie kleinen Großstädten und deren Regionen nahe. Zudem besteht auf diesen Ebenen meist in Wirtschaft und Zivilgesellschaft eine gute Ausgangsbasis für neue Betriebs- und Organisationsformen.

Bürgerschaftliche Mobilitätsdienstleistungen und Energiegenossenschaften gibt es bisher vor allem in ländlichen Gemeinden, Klein- und Mittelstädten. „Handlungszwänge“ wie die geringe Nachfragedichte und die Verschuldungslage der Kommunalhaushalte sind Anlässe, über neue Formen der Angebotssicherung und -gestaltung nachzudenken.

Räumliche Nähe und die Dichte sozialer Kontakte erleichtern neue Handlungs- und Diskursformen. „Kreativität“ und „Innovation“ sind vor allem Merkmale von Großstädten, in denen sich die „creative class“ konzentriert und ein innovatives Klima fördert. Zur Umsetzung innovativer und lebenspraktischer Lösungen in dezentralen Betriebs- und Organisationsformen aber bieten Klein- und Mittelstädte besondere Chancen. Dabei dürfen die unterstützenden Wirkungen von Transferleistungen aus Bund und Ländern, nicht unterschätzt werden. Sie treffen zudem auf ein Umfeld mit hoher Handlungsfähigkeit und -bereitschaft.

Klein- und Mittelstädte und ihr Umfeld

Besondere Probleme und Handlungsbedarfe sind zu beachten: schrumpfende und alternende Bevölkerung, Finanzengpässe, Erreichbarkeitsprobleme, Ausstattungsdefizite der wichtigen Breitbandnetze. Hier zeigt sich eine strukturelle Ähnlichkeit der Interessen von Klein- und Mittelstädten sowie vor allem des ländlichen Raums. Diese können jedoch weniger durch eine Gleichverteilung verbliebener Potenziale und Ressourcen über den Raum zukunftsfähig entwickelt werden. Den „verbliebenen“ Knotenpunkten – v.a. Mittel- und Kleinstädten mit Agglomerations- und Synergievorteilen, Vorteilen eines öffentlich und gemeinschaftlich organisierbaren Mobilitätsangebots, mit partieller Ausdifferenzierung von Leistungen – kommt deshalb eine hohe „raumstabilisierende“ Funktion zu. Die Gleichverteilung von Energie im Raum („Dissipation“) wäre mit der Gefahr von Potenzialverlusten verbunden. Für eine zukunftsfähige Entwicklung des ländlichen Raums sind starke und vernetzte Klein- und Mittelstädte als „Versorgungsknoten“ in guter Erreichbarkeit eine wichtige Voraussetzung. Sie bieten die Chance zur Bewältigung notwendiger Transformationsprozesse, zur Sicherung von Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit im interregionalen Standortwettbewerb um Menschen, qualifizierte Arbeitnehmer und Unternehmen.

Städte sind „Anker im Raum“

Städte sind Träger „territorialen Kapitals“ – allerdings in interkommunalen und regionalen Handlungs- und Verantwortungsgemeinschaften. Sie sind „Anker im Raum“. Auch biologische Systeme funktionieren ohne „starke“ und funktionstragende Netzknoten nicht. Hier findet sich meist auch „Steuerungs-Intelligenz“. So schwer dies oft in der Konkurrenz um Menschen, Unternehmen und Fördermittel ist, so sehr bedarf es interkommunaler Kooperationen: „Gemeinsame Stärkung ist Voraussetzung der Stärkung jedes Einzelnen“. Dies gilt für alle Leistungsbereiche des Lebensalltags. Aber auch der Kooperation aller Akteure aus Politik, Verwaltung, lokaler Wirtschaft und Zivilgesellschaft kommt eine wichtige Rolle bei der Stabilisierung zu – vor allem auch dann, wenn durch Abwanderung besondere Schwächungen und Gefährdungen festzustellen sind. Selbständigkeit, Selbstbewusstsein und Aktivitätspotenzial kleinerer Städte sind Grundvoraussetzung zum Erhalt nötiger Trägerstrukturen zur Erschließung des sozialen Kapitals: Profil sichert Aufmerksamkeit eher als Gleichverteilung, „Klotzen statt Kleckern“ im regionalen Zusammenhang bietet Chancen, muss allerdings sehr genau auf unerwünschte Nebenwirkungen überprüft werden.

Tipps zum Weiterlesen:

- Mittelstädte im Peripherisierten Raum zwischen Abkopplung und Innovation. Denkwerkstatt der Montag Stiftungen gAG, ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, IRS – Leibniz-Institut für Regionalentwicklung (Hg), Bonn, Dortmund, Erkner 2012. http://www.ils-forschung.de/cms25/down/MON_MPR_Doku.pdf
- Regiopolen. Die kleinen Großstädte in Zeiten der Globalisierung. Jürgen Aring und Iris Reuther, Jovis, 2007.
- Die neue Ellenbogengesellschaft, Klaus Brake, Frankfurter Rundschau, 26.10. 2012.

Univ.-Prof. Dr.-Ing.
Klaus J. Beckmann
Telefon: 030/39001-214/215
E-Mail: kj.beckmann@difu.de

Große Städte fühlen sich gut über Mobilfunkausbau informiert

Im zehnten Jahr der freiwilligen Selbstverpflichtung der Mobilfunkanbieter attestiert ein aktuelles Difu-Gutachten überwiegend gute Kommunikation zwischen Kommunen und Netzbetreibern. Handlungsbedarf besteht jedoch noch bei kleineren Kommunen sowie beim Verbraucherschutz.

Von Juli 2009 bis Juni 2011 gingen in Deutschland rund 13000 Mobilfunksendeanlagen in 5000 Städten und Gemeinden ans Netz. 4000 wurden neu errichtet, 9000 waren Erweiterungen bestehender Anlagen, beispielsweise um künftig UMTS-, LTE- und GSM-Netze anbieten zu können. Damit setzte sich der Ende der 1990er Jahre begonnene Ausbau der Mobilfunkinfrastruktur in großem Umfang fort.

Kommunen sind dabei zwar nicht zwingend Ansprechpartner für die Netzbetreiber, allerdings erwies sich die Information und Kommunikation zwischen Netzbetreibern und Kommunen als hilfreich und wichtig. Im Jahr 2001 sicherten daher die Netzbetreiber in einer freiwilligen Selbstverpflichtung gegenüber der Bundesregierung „Maßnahmen zur Verbesserung von Sicherheit und Verbraucher-, Umwelt-, und Gesundheitsschutz, Information und vertrauensbildenden Maßnahmen beim Ausbau der Mobilfunknetze“ zu.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) begutachtete zum siebten Mal im Rahmen

einer Studie die Umsetzung dieser freiwilligen Selbstverpflichtung. Dazu wurden rund 400 Städte und Gemeinden schriftlich befragt, in denen Mobilfunksendeanlagen ausgebaut werden. Außerdem wurden Shop-Befragungen und Internetrecherchen durchgeführt. Aus Sicht der Kommunen haben die Mobilfunknetzbetreiber ihre Zusagen weitgehend erfüllt und das meist hohe Niveau an Informationsmaßnahmen und Abstimmungsprozessen eingehalten sowie teilweise sogar ausgeweitet. Bei der Information über Ausbauaktivitäten waren jedoch gerade in kleineren Gemeinden leichte Rückschritte zu verzeichnen.

Im Verhältnis zum Umfang neu gebauter oder erweiterter Standorte nahm die Zahl der Konflikte weiter ab. Damit setzte sich der Trend seit 2001 fort. Je nach Größenklasse der Städte und Gemeinden gaben hier 50 bis 76 Prozent der Kommunen an, dass es im Beobachtungszeitraum keinen einzigen Konfliktfall gab. Hinzu kamen jedoch neue Konflikte im Zusammenhang mit – den neu auftretenden – Erweiterungen von Standorten, so dass damit die absolute Zahl der Konflikte wieder zunahm.

Der Schwerpunkt der Prüfungen zum Verbraucherschutz lag auf der Qualität der Informationen zum Themenbereich „Mobilfunk – Gesundheit – Umwelt“; insbesondere in Bezug auf Informationen zum SAR-Wert („Spezifische Absorptionsrate“). Im Vergleich zu den Vorjahren konnte bei den Informationsmaterialien, im Internet und bei Kundenkontakten das bisherige gute Leistungsniveau der Mobilfunknetzbetreiber aufrechterhalten werden. Der Kenntnisstand der Mitarbeiter in den betriebs-eigenen Shops ist insbesondere zum Thema SAR-Werte von Mobiltelefonen allerdings nach wie vor nicht zufriedenstellend.

Das Angebot an strahlungsarmen Mobiltelefonen hat im Vergleich zu 2009 zugenommen und liegt damit wieder bei der vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) ermittelten durchschnittlichen Verfügbarkeit von 26 Prozent. Wie bereits im Vorgänger-Gutachten wurde jedoch auch eine Zunahme von Geräten ermittelt, die nah am oberen SAR-Grenzwert von 2W/kg liegen.

Weitere Informationen:

Dipl.-Sozialwiss.

Antje Seidel-Schulze

Telefon: 030/39001-198

E-Mail:

seidel-schulze@difu.de



Download:

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=3BSP4DZ8>



Quelle: Svon Halenbach - WikimediaCommons

Kommunale Wirtschaftsförderung

Umfrage zu Strukturen, Handlungsfeldern und Perspektiven

Obwohl Wirtschaftsförderung als kommunales Handlungsfeld eine freiwillige Aufgabe ist, hat sie sich in deutschen Städten fest etabliert. Welche Ressourcen stehen jedoch kommunalen Wirtschaftsförderungen zur Verfügung? Welches sind die wichtigsten Zukunftsthemen? Wie verändern sich traditionelle Themen wie die Gewerbeflächenentwicklung in Zeiten von Globalisierung oder Nachhaltigkeit? Inwiefern arbeiten Wirtschaftsförderungen mit neuen Technologien, wie sozialen Netzwerken? Antworten auf diese und andere Fragen gibt eine aktuelle Difu-Umfrage, deren Ergebnisse als „Difu-Paper“ veröffentlicht wurden.

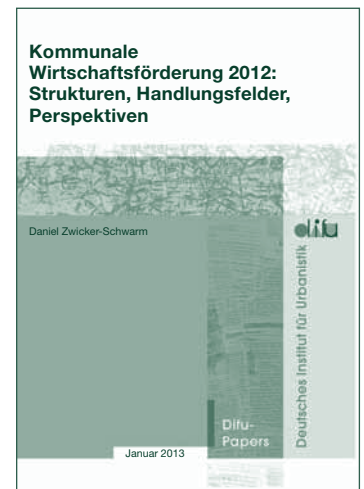
Befragt wurden alle Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern. Die Ergebnisse bieten ein aktuelles und repräsentatives Bild von Strukturen, Handlungsfeldern und Perspektiven der kommunalen Wirtschaftsförderung. Dabei werden auch Unterschiede zwischen verschiedenen Organisationsformen (Amtslösung versus Wirtschaftsfördergesellschaften), Groß- und Mittelstädten, neuen und alten Bundesländern herausgearbeitet. Auch werden die Ergebnisse mit vorangegangenen Difu-Befragungen der Wirtschaftsförderungen verglichen.

Die Befragung zeigt Kontinuitäten und Veränderungen gleichermaßen:

- Kaum verändert haben sich die Organisationsstrukturen: In rund zwei Dritteln aller Kommunen findet Wirtschaftsförderung „im Rathaus“ statt – sei es in eigenen Ämtern, Stabsstellen oder Eigenbetrieben. In den übrigen Kommunen, insbesondere in Großstädten, gibt es eigene Wirtschaftsfördergesellschaften.
- Während die Entwicklung und Vermarktung von Gewerbeflächen und das Standortmarketing noch immer zu den wichtigsten Themenfeldern gehören, rücken neue Themen – insbesondere der Fachkräftemangel – auf der Agenda deutlich nach vorne. Es gibt ausgesprochene Großstadthemen (z.B. Clusterpolitik), aber auch Handlungsfelder, die vor allem in Mittelstädten Priorität haben (z.B. Stadtmarketing, Einzelhandelskonzepte).
- Traditionelle Themen, wie die Gewerbeflächenentwicklung, finden zunehmend unter neuen Vorzeichen statt: So greifen etwa mehr Städte bei der Flächenentwicklung auf ehemalige Brach- und Altlastenflächen zurück als auf die „grüne Wiese“.
- Die Chancen sozialer Medien für Standortmarketing, Netzwerkpfege oder Fachkräftewerbung werden noch sehr unterschiedlich genutzt. Rund ein Drittel der befragten Wirtschaftsförderungen ist bereits bei „Facebook, Twitter & Co.“ präsent.

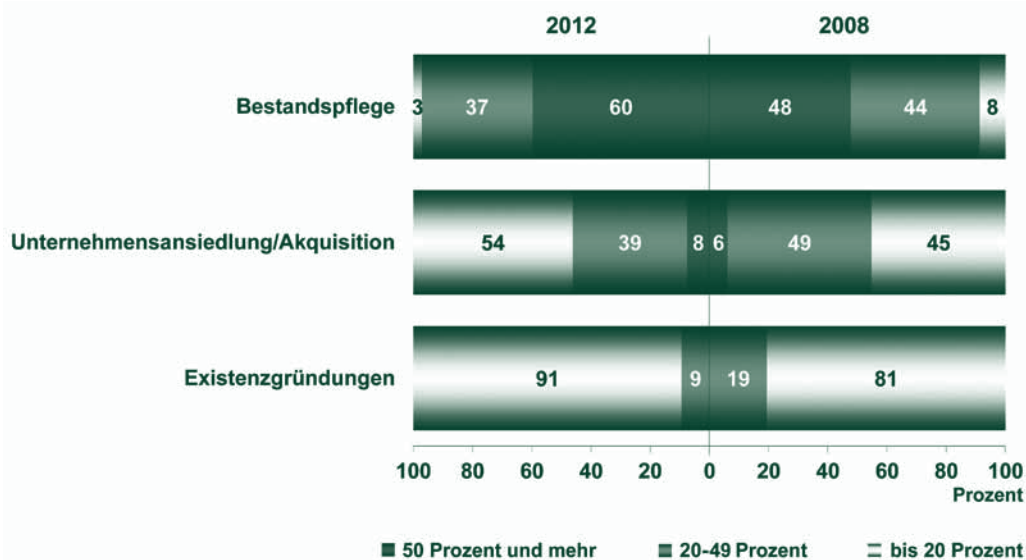
Weitere Informationen:
Dipl.-Verwaltungswiss.
Daniel Zwicker-Schwarm
Telefon: 030/39001-154
E-Mail:
zwicker-schwarm@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein



Aufgabenschwerpunkte in der täglichen Arbeitszeit

(alle Städte – 2012 und 2008 im Vergleich)



Quelle: Difu-Umfrage Wirtschaftsförderung 2008.

Deutsches Institut für Urbanistik

Veranstaltungshinweis:

Fachtagung
Wirtschaftsflächen der Zukunft
24./25. Januar 2013
in Heidelberg
[www.heidelberg.de/
difu-fachtagung](http://www.heidelberg.de/difu-fachtagung)

Difu-Gutachten zu BER

Auswirkungen des Flughafens Berlin Brandenburg auf die Entwicklung der Kommunen im Flughafenumfeld

Wenn voraussichtlich im Herbst 2013 der Flughafen Berlin Brandenburg (BER) eröffnet wird, werden die Gemeinden der Flughafenregion in erheblichem Umfang davon profitieren. In zehn Jahren könnte es einen Zuwachs von mehr als 17000 Beschäftigten unmittelbar am neuen Flughafen in Unternehmen geben, die eng mit dem Luftfahrt-Business verbunden sind. Hinzu kommen weitere Beschäftigungseffekte, die sich aus dem erwarteten Bevölkerungswachstum in der Region sowie aus der wachsenden Kaufkraft ableiten lassen. Die positiven Entwicklungsimpulse für Berlin und die umliegenden Gemeinden stellen diese jedoch vor neue Herausforderungen und bringen potenziell auch zusätzliche Lasten. Zu erwarten sind steigende Anforderungen an die soziale Infrastruktur, ökologische Auswirkungen insbesondere durch die hohe Inanspruchnahme von Flächen für Gewerbe und Wohnen sowie Belastungen durch Verkehr und Fluglärm. Sowohl die positiven als auch die negativen Effekte verteilen sich dabei in unterschiedlichem Umfang auf die Gemeinden und Bezirke der Flughafenregion.

Im Auftrag des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg haben die GIB – Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung mbH und das Deutsche Institut für Urbanistik gGmbH ein Gutachten erstellt, welches mögliche Szenarien für die unterschiedliche Betroffenheit in der Region konkretisiert.

Im Projekt wurden zunächst notwendige Daten erhoben, wobei die vergangenheitsbezogenen Daten im Rahmen zahlreicher Experteninterviews mit Vertretern der Kommunen, Bezirke, der Länder Berlin und Brandenburg sowie mit Wissenschaftlern erörtert wurden, um (soweit möglich) Effekte des Baus und Betriebs des Flughafens BER zu identifizieren. Auf dieser Grundlage war es möglich, mit Hilfe von Modellrechnungen und Szenarien denkbare Entwicklungspfade anhand ausgewählter Kernindikatoren (Vor- und Nachteile) zu berechnen.

Die Analysen machen deutlich: Die zu erwartenden Entwicklungen in der Untersuchungsregion werden unabhängig vom jeweiligen Szenario in besonderem Maße in der Gemeinde Schönefeld wirksam werden. Dies betrifft jedoch nicht nur die Vorteile, sondern in einem ebenso hohen Umfang die negativen Auswirkungen. In den übrigen Gemeinden und Bezirken werden sich die Effekte des Flughafens nicht so deutlich – im positiven wie negativen Sinne – auswirken. Trotzdem gibt es eine Reihe von eher begünstigten bzw. eher belasteten Kommunen.

Ziel des Gutachtens war es, mögliche Instrumente des Interessenausgleichs zwischen den Gemeinden und Berliner Bezirken der Flughafenregion auf Grundlage der Ergebnisse der Datenanalysen und Modellrechnungen darzustellen und zu bewerten. Darüber hinaus wurden auch die Erfahrungen in anderen Flughafenregionen (z. B. Frankfurt und München) oder aus anderen Anwendungsbereichen für Ausgleichsinstrumente berücksichtigt. Im Ergebnis wurden diejenigen Instrumente identifiziert und empfohlen, die für die denkbaren Ausgleichsansprüche in der Flughafenregion am besten geeignet sind. Wesentliche Schwerpunkte sind dabei die Fortsetzung des Dialogprozesses zwischen den Kommunen, strategische Überlegungen der Gemeinden sowie die Schaffung einer Datengrundlage für die Messung und Bewertung der tatsächlichen Auswirkungen des Flughafens Berlin Brandenburg auf die Entwicklung der Kommunen im Flughafenumfeld.

Die Ergebnisse des Gutachtens dienen dem Dialogforum BER (einem Gremium, in dem sich Vertreter der Umlandgemeinden, der Länder Berlin und Brandenburg und des Flughafens über eine Vielzahl von gemeinsamen Punkten verständigen) als Grundlage für den weiteren Diskurs über mögliche Ausgleichserfordernisse. Sie zeigen – unabhängig vom Fall des neuen Großflughafens BER – aber auch grundsätzlich, wie regionale Effekte von Großvorhaben abgeschätzt werden können und welche Empfehlungen für einen Ausgleich von unterschiedlich verteilten Vor- und Nachteilen gegeben werden können.

Weitere Informationen:
Dipl.-Kfm. (FH)
Stefan Schneider
Telefon: 030/39001-261
E-Mail: schneider@difu.de



Download:

<http://www.dialogforum-ber.de/DE/Dokumente/Endbericht-RG-FU-BER.pdf>



Foto: Sybille Wenke-Thiem

Fünf Jahre Leipzig Charta

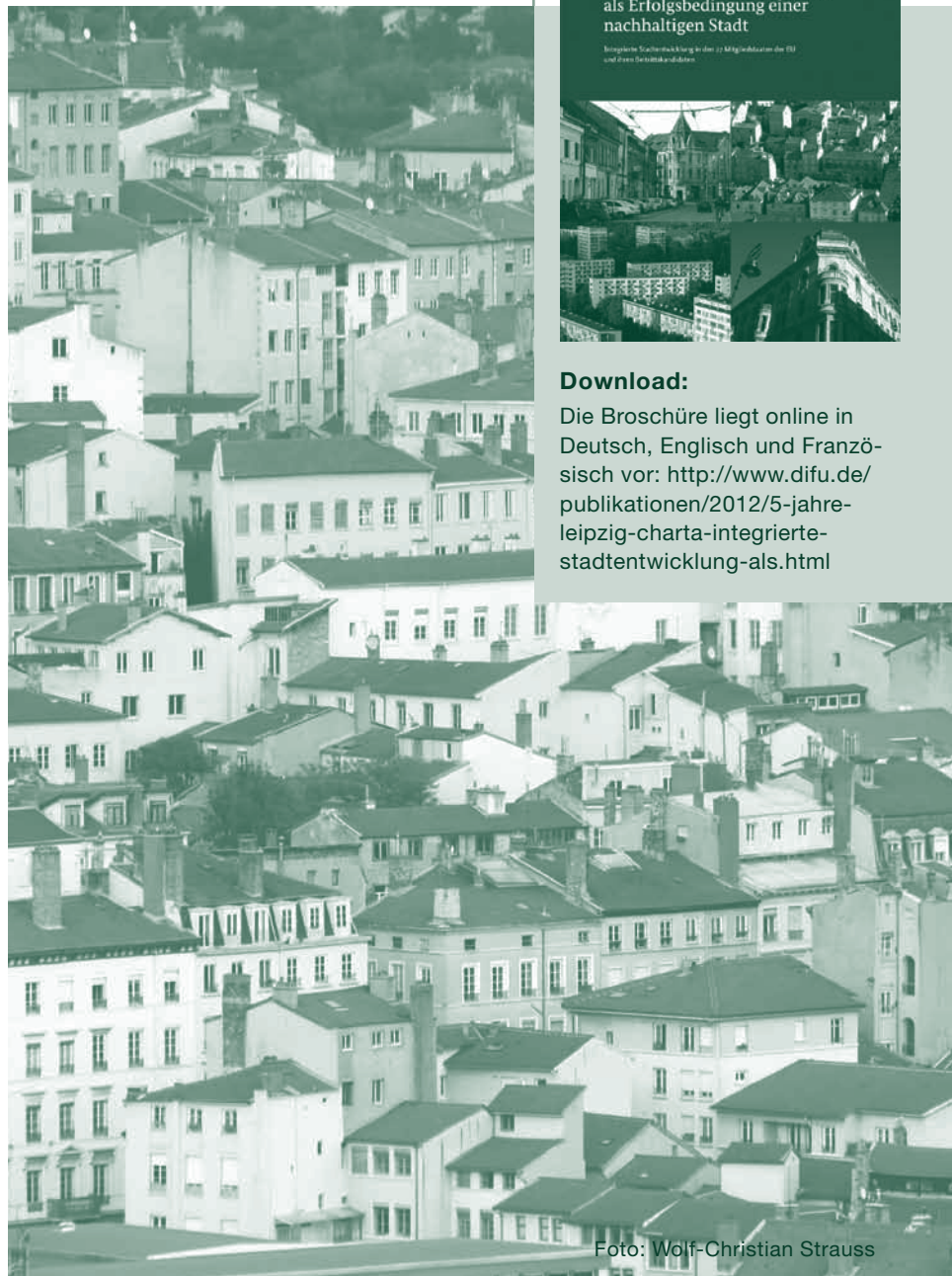
Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nachhaltigen Stadt

Fünf Jahre nach Annahme der „LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt“ im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), vertreten durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), untersucht, inwieweit von der Charta Impulse für eine integrierte Stadt(teil)entwicklung in den 27 Mitgliedstaaten der EU, ihren sechs Beitrittskandidaten Island, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Türkei sowie in den beiden EFTA-Staaten Norwegen und Schweiz ausgegangen sind bzw. wie der jeweilige Status quo entsprechender Politiken dort ist.

Ein Ziel der Untersuchung war es, die Prozesse der deutschen Initiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ stärker in einen internationalen Fokus zu stellen. Anlässlich der Anfang Oktober 2012 vom BMVBS veranstalteten internationalen Konferenz „Urbane Energien“ ist eine Publikation mit den Untersuchungsergebnissen erschienen. Neben der Auseinandersetzung mit den zentralen Elementen der LEIPZIG CHARTA und einer Betrachtung zentraler Herausforderungen für die Stadtentwicklung in Europa werden das Instrument integrierte Stadt(teil)entwicklung und seine Elemente sowie die Weiterentwicklung dieses Strategieansatzes im Zuge der EU-Ratspräsidentschaften seit 2007 dargestellt. Den Schwerpunkt der Publikation bildet die Dokumentation von Beispielen integrierter Stadt(teil)entwicklung in den EU-Mitgliedstaaten und -Beitrittskandidaten sowie in Norwegen und der Schweiz. Kontrastierend dazu werden stadtentwicklungspolitische Herausforderungen und Lösungswege in China und den USA sowie zwei der BRIC-Staaten (Brasilien, Indien) aufgezeigt.

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen – bei allen Unterschieden von Land zu Land – einige generelle Trends: So stellen integrierte, gebietsbezogene Strategien der Stadt(teil)entwicklung in allen EU-Mitgliedstaaten und -Beitrittskandidaten sowie in Norwegen und der Schweiz zunehmend eine Handlungsmaxime dar. Dies geschieht entweder im Rahmen nationaler Programme und/oder im Zuge kommunaler Strategien zur ganzheitlichen Entwicklung städtischer Räume.

Dabei zeigt sich, dass auf die „LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt“ entweder explizit Bezug genommen wird oder ihre Elemente zumindest in der kommunalen Umsetzungspraxis faktisch berücksichtigt werden. Auch lässt sich feststellen, dass trotz der Wirtschaftskrise, der damit verbundenen Sparzwänge und der insgesamt enger werdenden Spielräume auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene Maßnahmen integrierter Stadt(teil)entwicklung und entsprechende Programme in vielen EU-Mitgliedstaaten einen erheblichen Bedeutungszuwachs erleben.



Weitere Informationen:
Dr. rer. nat. Thomas Franke
Telefon: 030/39001-107
E-Mail: franke@difu.de

Dipl.-Ing.
Wolf-Christian Strauss
Telefon: 030/39001-296
E-Mail: strauss@difu.de



Download:
Die Broschüre liegt online in Deutsch, Englisch und Französisch vor: <http://www.difu.de/publikationen/2012/5-jahre-leipzig-charta-integrierte-stadtentwicklung-als.html>

Foto: Wolf-Christian Strauss

Integration vor Ort

Herausforderung für die soziale Stadtentwicklungspolitik
Dokumentation des Fachkongresses erschienen

Die Integration der rund 16 Millionen in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ist eine sich täglich neu stellende Herausforderung, die sich vor allem vor Ort, in den Städten, Kreisen und Gemeinden widerspiegelt. In Großstädten haben schon heute knapp 30 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund.

Aber auch in kleineren Städten und Gemeinden gewinnt Integration an Bedeutung. Dort leben mehr als die Hälfte der Personen mit Migrationshintergrund, auch wenn ihr Anteil an der Bevölkerung dort geringer ist. Die Integration von Zuwanderern ist daher eine zentrale Aufgabe einer sozialen Stadtentwicklungspolitik. Dass den Kommunen eine besondere Bedeutung für die Integration zukommt, wurde bereits im Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung betont. Eine erfolgreiche gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration aller Bewohner bleibt maßgeblich für die Zukunftsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden.

Aus diesem Anlass fand am 13. Dezember 2011 im „Heimathafen Neukölln“ in Berlin

der Fachkongress „Integration vor Ort“ statt, deren Teilnehmer sich mit den Fragen beschäftigten, vor welche Herausforderungen Städte und Gemeinden durch Integrationsanforderungen gestellt werden, wie Integration vor Ort gelingen und was die Stadtentwicklung dazu beitragen kann.

Die Publikation zum Kongress enthält unter anderem Beiträge von Honey Deihimi vom Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zum Nationalen Aktionsplan Integration, von der Berliner Journalistin Hatice Akyün über Wohnumfeld und Integration sowie von Prof. Dr. Roland Roth von der Hochschule Magdeburg-Stendal zur Frage, was das Quartier für die Integration von Zuwanderern leisten kann. Außerdem werden in dem Band Praxisbeispiele für die Integration vor Ort aus Hamburg, Mülheim an der Ruhr und Rosenheim dargestellt sowie das Podiumsgespräch „Integration von Zuwanderern im Stadtteil: Aktuelle Herausforderungen und Strategien“ dokumentiert.

Weitere Informationen:

Dr. rer. nat. Thomas Franke
Telefon: 030/39001-107
E-Mail: franke@difu.de

Dipl.-Ing.

Wolf-Christian Strauss
Telefon: 030/39001-296
E-Mail: strauss@difu.d

Download

der Dokumentation:

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=Q073Y5FV>

Podiumsgespräch mit Ulrich Ernst, Anna Becker, Helmut Cybulska, Ferdos Ferudastan, Willy Rickert (v.l.n.r.)



Auf dem Weg, nicht am Ziel

Ergebnisse einer neuen Difu-Umfrage zu aktuellen Formen der Bürgerbeteiligung

Großprojekte der Stadtentwicklung und Infrastrukturprojekte stehen in Deutschland gegenwärtig im Fokus der Aufmerksamkeit. Die damit verbundenen Planungsprozesse geraten zunehmend unter Legitimationsdruck. Die wachsende Kritik der Bevölkerung und die deutlich vorgetragenen Forderungen nach mehr Mitwirkung und Mitgestaltung haben die Aufmerksamkeit auf die Prozesse zur Vorbereitung derartiger Vorhaben und Projekte und das Zusammenspiel von Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung, Zivilgesellschaft und Vorhabenträger gelenkt. In diesem Zusammenhang hat das Thema Bürgerbeteiligung eine Renaissance erfahren.

Sind Städte und Gemeinden hierauf gut vorbereitet? Welche Formen der Bürgerbeteiligung werden auf kommunaler Ebene durchgeführt? Welche Erfahrungen wurden dabei bislang gemacht? Wie bewerten die zuständigen Fachämter die Bemühungen um Bürgerbeteiligung?

Um belastbare Antworten auf diese Fragen zu erhalten, führte das Difu im Zeitraum April bis Juni 2012 eine Umfrage in über 450 Städten und Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern durch. Das Vorhaben wurde von Seiten des Deutschen Städtetages (DST) und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) unterstützt.

Die wichtigsten inhaltlichen Ergebnisse der Umfrage lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Aus der Sicht der befragten Fachkräfte nimmt das Thema „Bürgerbeteiligung“ aktuell sowohl auf der Verwaltungs- als auch auf der politischen Ebene in der eigenen Kommune einen hohen Stellenwert ein. Deutlich geringer wird das entsprechende Interesse innerhalb der Bürgerschaft eingeschätzt. Die Teilgruppenanalyse zeigt, dass der Stellenwert des Themas „Bürgerbeteiligung“ in kleineren Städten (20 000 bis 50 000 Einwohner) insgesamt niedriger eingestuft wird als unter den Befragten aus größeren Städten. Einen im Vergleich zu anderen Bundesländern recht hohen Stellenwert nimmt das Thema unter den Kommunen in Baden-Württemberg ein.
- Die Erfolge der eigenen Beteiligungsmaßnahmen werden, gemessen an ihren Zielen, mehrheitlich als „hoch“ oder als „sehr hoch“ beschrieben. Immerhin fast 40 Prozent der teilnehmenden Kommunen äußern sich allerdings im Sinne einer eher skeptischen Erfolgseinschätzung. Besonders hohe Erfolgsbeurteilungen finden sich unter den Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg.
- Die wichtigsten Ziele, die über Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung erreicht werden sollen, sind die „Akzeptanz von kommunalen Entscheidungen“ sowie die „Information der Bürger“. Eine vergleichsweise geringe Bedeutung erhalten hingegen Ziele wie „Ideengenerierung“, „Stärkung der repräsentativen Demokratie“ und der Faktor „Kostensparnis“.
- Mehr als drei Viertel der befragten Verwaltungskräfte beurteilen die Beteiligungskultur in ihrer Stadt/Gemeinde gegenwärtig als „gut“ bzw. „sehr gut“. Auch der weitere Ausblick zur erwarteten Entwicklung der eigenen Beteiligungskultur fällt insgesamt positiv aus. Besonders günstige Einschätzungen des Zustands und der Entwicklungsperspektiven der Beteiligungskultur sind unter den Befragten aus Baden-Württemberg zu erkennen.
- Die aktuellen Beteiligungsangebote werden innerhalb einer großen Breite von kommunalen Arbeitsfeldern („Stadtentwicklung“, „Städtebau“, „Verkehrsplanung“, „Freiraumplanung“ usw.) und im Rahmen formeller Verfahren bzw. informeller Verfahren zur Information durchgeführt. Verfahren zur Mitentscheidung werden hingegen eher selten eingesetzt.
- Umsetzungsschwierigkeiten oder sogar Ursachen für die Verhinderung von aktuellen Beteiligungsverfahren liegen aus Sicht der befragten Verwaltungskräfte vor allem in „fehlenden finanziellen/personellen Ressourcen in der Kommunalverwaltung“. Allerdings wird auch einem „zu schwachen politischen Willen für die Umsetzung von Ergebnissen“, „eingeschränkten Umsetzungsmöglichkeiten von Beteiligungsergebnissen“, die „geringe Erreichbarkeit bestimmter Zielgruppen“ oder eine zu „niedrige Motivation der Bürger/innen“ eine relativ hohe Bedeutung beigemessen.

Weitere Informationen:

Dipl.-Soz. Detlef Landua
Telefon: 030/39001-196
E-Mail: Dlandua@difu.de

Dr. rer. soc. Bettina Reimann
Telefon: 030/39001-191
E-Mail: reimann@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein



Foto: Wolf-Christian Strauss

Kommunales Energiemanagement leistet Beitrag zur Energiewende

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
Telefon: 0221/340308-18

E-Mail: roesler@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Terminhinweis:

Der 18. Deutsche Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten findet am 22./23. April 2013 in Mannheim statt.

Die aktuellen Herausforderungen der Energiewende für das kommunale Energiemanagement standen im Mittelpunkt des 17. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten, der am 19. und 20. März 2012 in der Gastgeberstadt Düsseldorf stattfand.

In vielen Kommunen konnte bereits in den vergangenen Jahren durch kommunales Energiemanagement kontinuierlich der Einsatz von Wärme und Strom reduziert werden. Dies ist insbesondere auf die Aktivitäten der kommunalen Energiebeauftragten zurückzuführen.

Das kommunale Energiemanagement, das zuerst in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren in vielen großen Stadtverwaltungen eingeführt wurde, zielt insbesondere darauf ab, den Energieverbrauch in den eigenen Liegenschaften sowie bei der Straßenbeleuchtung zu reduzieren. Der Fokus wird dabei i.d.R. auf folgende Bereiche gerichtet:

- Der Großteil der in Städten und Gemeinden verbrauchten Endenergie in eigenen Liegenschaften wird für die Beheizung und die Stromversorgung aufgewendet. Energieeinspareffekte resultieren daher vor allem aus der Durchführung von energetisch relevanten Maßnahmen im kommunalen Gebäudebestand.
- Die Straßenbeleuchtung einschließlich Signalanlagen, auf die bis zu ein Drittel des kommunalen Endenergieverbrauchs entfallen kann, ist ein weiterer bedeutender Bereich der Energieeinsparung.

- Endenergieeinsparungen sind auch im Beschaffungswesen zu realisieren. Diese betreffen vor allem die Anschaffung von EDV-Ausstattungen und Bürogeräten, aber auch die Innenraumbeleuchtung, Pumpen sowie Haushalts- und Reinigungsgeräte. Der Fuhrpark stellt in diesem Kontext eine weitere Herausforderung dar. Im Beschaffungswesen werden zudem in vielen Kommunen bereits Energieeffizienzkriterien bei der Ausschreibung und Vergabe berücksichtigt.
- Für die Umsetzung von Maßnahmen der Energieeinsparung ist auch die Motivation und Information der Mitarbeiter in den Kommunalverwaltungen selbst sowie der Bevölkerung und ortsansässigen Unternehmen im Hinblick auf die Änderung des Nutzerverhaltens sowie zum Einsatz von energiesparenden Techniken von zentraler Bedeutung. Dazu können von Kommunen unterschiedliche Kampagnen oder Schulungen durchgeführt werden, um konkrete Handlungsmöglichkeiten durch entsprechende Informationen anzubieten.

Die von den Referenten sowohl bei den Veranstaltungen im Plenum als auch in den Workshops gehaltenen Beiträge werden vom Deutschen Institut für Urbanistik in einer Kongress-Dokumentation veröffentlicht. Somit können Teilnehmer der Veranstaltung die Ergebnisse des Kongresses noch einmal nachlesen und allen Interessierten, die nicht am Kongress teilnehmen konnten, die vielfältigen Möglichkeiten des kommunalen Energiemanagements nähergebracht werden. Die Veröffentlichung erscheint im Januar 2013.



Foto: Thomas Preuss

Herausforderungen der Energiewende
für das kommunale Energiemanagement
Doku des 17. Energiebeauftragtenkongresses

difu

Deutsches Institut für Urbanistik

Difu-
Impulse

Klimaschutz & Biodiversität

Neues Themenheft

Die jüngste Veröffentlichung des Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) ist dem Thema „Klimaschutz & Biodiversität“ gewidmet und damit zwei Belangen, die nicht selten in Konkurrenz zueinander stehen. Häufig sind Flächenutzungskonflikte der Grund dafür. Doch es gibt auch Maßnahmen, die dem Klimaschutz dienen und zugleich einen Beitrag zum Schutz der Biodiversität leisten – und umgekehrt. Möglichkeiten für ein positives Zusammenwirken existieren in vielen Bereichen: Wälder oder Moore beispielsweise als intakte und vernetzte Ökosysteme bieten Lebensräume für Tiere und Pflanzen und erfüllen ebenso die Funktion von CO₂-Senken.

Vor dem Hintergrund des fortschreitenden Klimawandels sind weitere Synergieeffekte zu erkennen, denn je höher die Biodiversität, desto dynamischer und flexibler können sich Ökosysteme an veränderte Klimabedingungen anpassen. Auch Maßnahmen zur Dachbegrünung können sowohl Klima- als auch Biodiversitätsbelange bedienen: Richtig angelegt entwickeln sie sich zu eigenständigen Biotopen mit einer hohen Artenvielfalt, tragen zur Gebäudedämmung sowie zur Verbesserung des Mikroklimas bei und lassen sich außerdem mit der Errichtung von Photovoltaik-Anlagen kombinieren.

Welche Möglichkeiten Kommunen zur Verfügung stehen und welche Ansätze bereits erfolgreich durchgeführt wurden, ist Gegenstand des neuen, kostenfreien Themenhefts. Anhand von Beispielen werden Handlungs-

möglichkeiten an der Schnittstelle der beiden Themenfelder aufgezeigt. Mit den sechs Beiträgen soll einer möglichst großen inhaltlichen Bandbreite Rechnung getragen werden. Die Autoren beschreiben, welche Chancen etwa Dachbegrünung und Ingenieurbiologie bieten, welche Synergieeffekte sich durch Urbane Wälder und Moorrenaturierung erzielen lassen und welche Möglichkeiten es gibt, kooperative und ganzheitliche Konzeptionen in Hinblick auf Klima- und Biodiversitätsbelange umzusetzen. So soll die Publikation mit ihren Beispielen aus der Praxis Denkanstöße bieten und Möglichkeiten aufzeigen, wie diesen aktuellen Themen begegnet werden kann.

Das beim Deutschen Institut für Urbanistik angesiedelte und vom Bundesumweltministerium (BMU) geförderte SK:KK hat es sich unter anderem zur Aufgabe gemacht, themenspezifische Veröffentlichungen herauszugeben, die Kommunen bei der Initiierung und Durchführung ihrer Klimaschutzprojekte unterstützen sollen. Die erste Publikation zum Thema „Klimaschutz & Denkmalschutz“ wurde im Herbst 2011 veröffentlicht, drei weitere Veröffentlichungen erschienen Anfang 2012 zu den Themen „Klimaschutz & Abwasserbehandlung“, „Klimaschutz & Abfallwirtschaft“ sowie „Klimaschutz & Unternehmen“. Mit diesen Publikationen werden verschiedene Schwerpunkte und Handlungsfelder des kommunalen Klimaschutzes aufgegriffen und konkrete Erfahrungen aus der Praxis unterschiedlicher Kommunen dargestellt.

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Ilka Appel
Telefon: 0221/340308-14
E-Mail: appel@difu.de



Bestellung:

<http://www.kommunaler-klimaschutz.de/veroeffentlichungen/themenhefte>
sowie über den Bestellschein.



Foto: Deutscher Dachgärtner
Verband e.V. (DDV)

Kommunaler Klimaschutz: Das wird 2013 gefördert

Novellierte BMU-Kommunalrichtlinie bringt zahlreiche Änderungen und zusätzliche Fördermöglichkeiten

Mit der Kommunalrichtlinie unterstützt das Bundesumweltministerium (BMU) Kommunen bei der Planung und Umsetzung von Klimaschutzprojekten. Regelmäßige Novellierungen passen das Förderprogramm immer wieder aktuell an Bedürfnisse und Entwicklungen an – für 2013 bedeutet die Novellierung unter anderem eine deutliche Erweiterung der Fördertatbestände. Die wichtigsten Änderungen für den Antragszeitraum Januar – März 2013 stellt das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz vor.

Kreis der Antragsberechtigten wurde erweitert

2013 werden Fördergelder an eine größere Zielgruppe vergeben: Erstmals antragsberechtigt sind Behinderteneinrichtungen mit dem Ziel der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt oder in das soziale Leben (für die Förderung eines Teilkonzepts „Klimaschutz in eigenen Liegenschaften“ und / oder Investivmaßnahmen, die zu einer CO₂-Minderung führen) sowie kommunale Wirtschaftsförderungsgesellschaften und private Unternehmen (für ein Klimaschutzteilkonzept für „Industrie- und Gewerbegebiete“ sowie für einen Klimaschutzmanager für die Umsetzung dieses Teilkonzepts).

Erleichterter Einstieg in den kommunalen Klimaschutz

Kommunen, die noch am Anfang ihrer Klimaschutzaktivitäten stehen, werden mit der novellierten Richtlinie besser unterstützt. Sie können Beratungen von externen Dienstleistern in Anspruch nehmen und so strukturiert und effektiv in das Thema einsteigen, Klimaschutzziele entwickeln und die Akteure vor Ort einbinden. Hierdurch soll insbesondere kleineren Gemeinden der Einstieg in den Klimaschutz erleichtert werden. Hierfür sind bis zu 15 Beratertage zu 65 Prozent förderfähig.

Erweitertes Themenspektrum für Klimaschutzkonzepte

Die Förderung bei der Erstellung von Klimaschutz(teil-)konzepten wurde ebenfalls angepasst. So wird die Öffentlichkeitsarbeit bereits während der Erstellung eines (Teil-)Konzepts bezuschusst. Teilkonzepte können künftig zusätzlich auch zu den Handlungsfeldern „Klimagerechtes Flächenmanage-

ment“ und „Klimaschutz in Industrie- und Gewerbegebieten“ erarbeitet werden.

Klimaschutzmanager erhalten deutlich mehr Unterstützung

Kommunen, die einen Klimaschutzmanager einstellen möchten, können nun ganzjährig einen Antrag auf Förderung stellen – bis zu 65 Prozent Förderung der Sach- und Personalkosten sind hier möglich. Klimaschutzmanager können sich künftig besser fortbilden und vernetzen: Reise- und Teilnahmekosten für Qualifizierungsmaßnahmen und Fortbildungen von bis zu fünf Tagen im Jahr sind förderfähig. Ein Mentoring-Programm für „Neulinge“ rundet das erweiterte Angebot ab.

Neue investive Maßnahmen im Förderkatalog

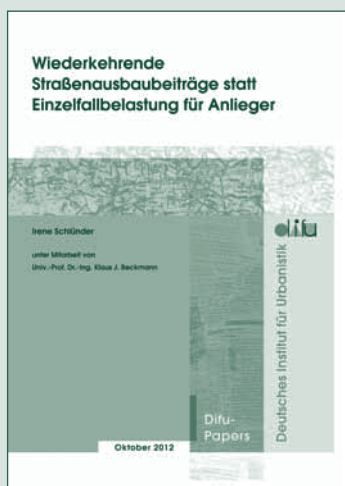
Im Rahmen eines integrierten Klimaschutzkonzepts oder Klimaschutzteilkonzepts Mobilität können Kommunen nun investive Maßnahmen bis zu einer Förderhöchstsumme von maximal 250 000 Euro beantragen. Förderfähig sind Umbaumaßnahmen im Straßenraum, die Errichtung verkehrsmittelübergreifender Mobilitätsstationen und Maßnahmen zur Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur. Dies kann beispielsweise der Lückenschluss von Fahrradwegen, aber auch eine fußgängerfreundliche Verkehrsgestaltung sein. Außerdem werden künftig Technologien zur Minderung von Treibhausgas-Emissionen in stillgelegten Siedlungsabfalldeponien gefördert, sofern die Maßnahme ein Emissionsminderungspotenzial von mindestens 50 Prozent besitzt.

Außen- und Straßenbeleuchtung: Förderung läuft aus

Kommunen, die ihre Außen- oder Straßenbeleuchtung sanieren wollen, müssen sich beeilen: Der kommende Antragszeitraum wird voraussichtlich der letzte sein. Die Förderquote beträgt nun nur noch 20 Prozent, ab 2014 wird es im Rahmen der Kommunalrichtlinie keine Förderung mehr geben. Bei der Sanierung der Innen- und Hallenbeleuchtung wird die Förderung auf den Einsatz von LED begrenzt, gleichzeitig erhöht

Wiederkehrende Straßen- ausbaubeiträge statt Einzelfallbelastung für Anlieger

Von Irene Schlünder, Univ.-Prof.
Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
(Mitarb.), Difu-Papers, 2012,
20 S.



Bestellung:
siehe Bestellschein

sich die Förderquote auf 40 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben.

Die Kommunalrichtlinie wird fortgeführt – Ausblick auf 2014

Auch 2013 wird es wieder eine Novellierungsrunde der Kommunalrichtlinie geben. Einige Entwicklungen sind bereits abzusehen: So soll ab 2014 die Förderung des „Masterplans 100% Klimaschutz“ wieder neu aufgelegt werden. Was die Novellierung noch bringen wird liegt auch in der Hand der Kommunen. Das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz wird auch 2013 wieder an den Beratungsverhandlungen des BMU beteiligt sein. Teilen Sie uns Ihre Ideen mit, wir setzen uns gerne dafür ein. Die Kommunalrichtlinie wird für und mit Kommunen gemacht!

Beratung und Information – wir helfen weiter

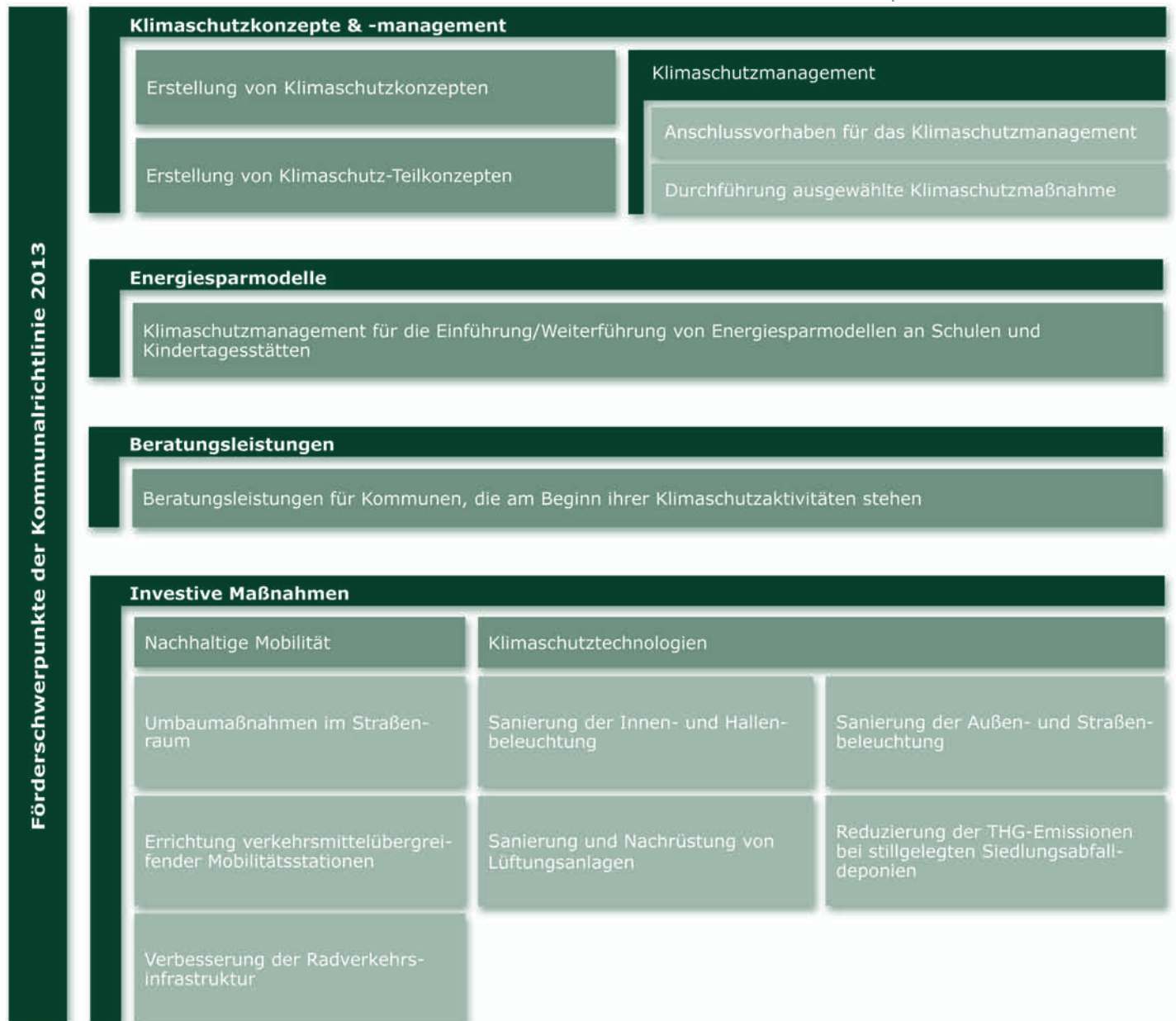
Wie in den vergangenen Jahren stellen die Merkblätter zu den einzelnen Förderbausteinen die Grundlage für eine erfolgreiche Antragstellung dar. In ihnen finden sich detaillierte Anforderungen und wertvolle Hinweise für die beim Projektträger einzureichenden Unterlagen. Die Merkblätter, die vollständige Kommunalrichtlinie sowie viele weitere Informationen stellt das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz online bereit. Es lohnt sich, sich rasch zu informieren: Der Zeitraum, in dem Fördergelder beantragt werden können, beginnt bereits am 1. Januar 2013, am 31. März 2013 endet er.

Weitere Informationen:

Eva Karcher, M.A.
Telefon: 030/39001-235
E-Mail: karcher@difu.de

Beratungshotline:

030/39001-170
Im Netz: www.klimaschutz-in-kommunen.de/kommunalrichtlinie



Der Förderbaustein Masterplan 100% Klimaschutz ist aktuell ausgesetzt.

Europäische Erfahrungen für kommunale Kampagnen pro Rad

Reihe Forschung Radverkehr wird komplettiert

Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr.
Jörg Thiemann-Linden
Telefon: 030/39001-138
E-Mail:
thiemann-linden@difu.de

Download unter:

www.nrvp.de/for

Insgesamt 28 Ausgaben vierseitiger Dossiers der Reihe „Forschung Radverkehr“ werden bis Jahresende 2012 veröffentlicht sein. Zu diesem Zeitpunkt geht auch der Nationale Radverkehrsplan 2002-2012, aus dem diese Veröffentlichungen finanziert wurden, in den neuen im September 2012 im Bundeskabinett beschlossenen „NRVP 2020“ über.

Der neue NRVP 2020 legt seinen Schwerpunkt nicht allein auf infrastrukturelle Maßnahmen, sondern auf die öffentliche Vermittlung des Radverkehrs. Ein Schwerpunkt der aktuellen Ausgaben der Serie „Forschung Radverkehr“ sind daher aktuelle Kampagnen pro Rad, die in europäischen Städten den gesellschaftlichen Trend zum Radfahren verstärken und bei weiteren Teilen der Gesellschaft um Akzeptanz des Radverkehrs werben sollen. In einer eigenen Veröffentlichung werden speziell die Kampagnen für mehr Verkehrssicherheit und gegenseitige Rücksichtnahme diskutiert. Die Ausgabe zum europaweiten Städtevergleich der Fahrradnutzung zeigt Unterschiede in der Mobilitätskultur, die Modal-Split-Entwick-

lung und die Erfolgsfaktoren der Radverkehrsförderung in ausgewählten Städten.

Die Gesundheitswirkungen des Radfahrens schließlich sind Gegenstand der in einer weiteren Ausgabe dargestellten Analysen. Denn Bewegungsförderung wird zunehmend zum Schwerpunkt der gesundheitlichen Prävention. Indem die nötige körperliche Aktivität in die alltäglichen Wege mit dem Rad integriert wird, sparen sich viele die zusätzliche Zeit im Fitnessstudio.

Die letzten Ausgaben der Reihe diskutieren Fragen der Radverkehrsplanung, die in der Praxis kontrovers diskutiert werden:

- Sicher Radfahren auf Außerortsstraßen: Umgang mit der Problematik hoher Kfz-Geschwindigkeiten und der finanziellen Unmöglichkeit, in absehbarer Zeit Außerortsstraßen mit zusätzlichen, seitlich abgesetzten Radwegen auszustatten,
- Kreisverkehrsplätze mit Radverkehr: Führung des Radverkehrs je nach Kreiseltyp mit dem Kfz-Verkehr im Kreisel oder außerhalb – wobei es auf einige Entwurfsdetails ankommt,
- Unfallrisiken beim Rad fahren: für ein besseres Verständnis, wie Unfälle mit Radfahrerbetrieblung entstehen, welche Unfallrisiken allgemein über- oder unterschätzt werden.

Wie in den anderen Ausgaben wird hierzu der aktuelle Stand von Forschung und technischem Regelwerk mit den Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern ergänzt.



Baugebietstypologie der Baunutzungsverordnung

Neues Grundlagenforschungsprojekt gestartet

Seit Jahrzehnten werden unterschiedliche Reformansätze zur Baunutzungsverordnung (BauNVO) diskutiert. Dabei ging es unter anderem um eine Weiterentwicklung der BauNVO zu einer Boden- oder Raumnutzungsverordnung oder ihre Ergänzung um ökologische Standards sowie um die Frage, ob die BauNVO implizit dem als nicht mehr zeitgemäß erachteten Leitbild der Funktionstrennung Vorschub leistet. Daneben finden sich unter den Schlagworten der Deregulierung und Dezentralisierung Reformansätze, die von einem begrenzten Gebietserfindungsrecht der Kommunen über eine Wandlung der BauNVO zu einer reinen Sollvorgabe mit umfassenden Abweichungsmöglichkeiten bis zu Forderungen nach einer drastischen Reduzierung der vorgegebenen Gebietstypen mit im Übrigen weitgehender Festsetzungsfreiheit der Kommunen reichen.

Im Rahmen der Vorbereitung der aktuellen Städtebaurechtsnovellierung wurde wissenschaftlicher Untersuchungsbedarf zu den Möglichkeiten und Folgen einer Weiterentwicklung der Gebietstypologie der BauNVO konstatiert. Das im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung und in fachlicher Begleitung durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung durchzuführende Forschungsvorhaben nimmt hierauf Bezug. Bestehende Regelungsvorschläge zur Novellierung der BauNVO und insbesondere der Baugebiets-

typologie sollen systematisch erfasst und unter Berücksichtigung der jeweiligen Zielsetzung und der möglichen Auswirkungen analysiert werden. Flankierend werden zudem in fünf Mitgliedsstaaten der EU rechtsvergleichende Erhebungen zur dortigen Regulierung von Baugebietstypen vorgenommen. Auf dieser Grundlage sollen anschließend konkrete, in sich schlüssige Konzeptionen zur Umgestaltung der Baugebietstypologie der BauNVO identifiziert werden.

Geplant ist zudem, die Regelungskonzeptionen in einer Fachtagung unter Beteiligung der fachlich berührten Verbände und von Vertretern der Wissenschaft zur Diskussion und kritischen Würdigung zu stellen, um auf diese Weise weitere Anregungen zu erhalten. Auch soll die Veranstaltung zusätzliche Impulse für eine weitere Fachdiskussion geben.

Schließlich werden sechs Fallstudien durchgeführt, um die zuvor erarbeiteten Konzeptionen zur Umgestaltung der Baugebietstypologie anhand von praktischen Fallbeispielen zu überprüfen. Die Fallstudien sollen nach einem einheitlichen Prüfraster dokumentiert werden. Zusammenfassend sind dabei die Vor- und Nachteile der geprüften Konzeptvariante zu benennen und zu bewerten. Die Arbeiten an der Untersuchung wurden im September 2012 aufgenommen. Die Ergebnisse sollen Ende 2013 vorgelegt werden.

Weitere Informationen:

PD Dr. Arno Bunzel
Telefon: 030/39001-238
E-Mail: bunzel@difu.de

Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss
Telefon: 030/39001-296
E-Mail: strauss@difu.de

Dipl.-Ing. Franciska Frölich-v. Bodelschwingh
Telefon: 030/39001-245
E-Mail: froelich@difu.de

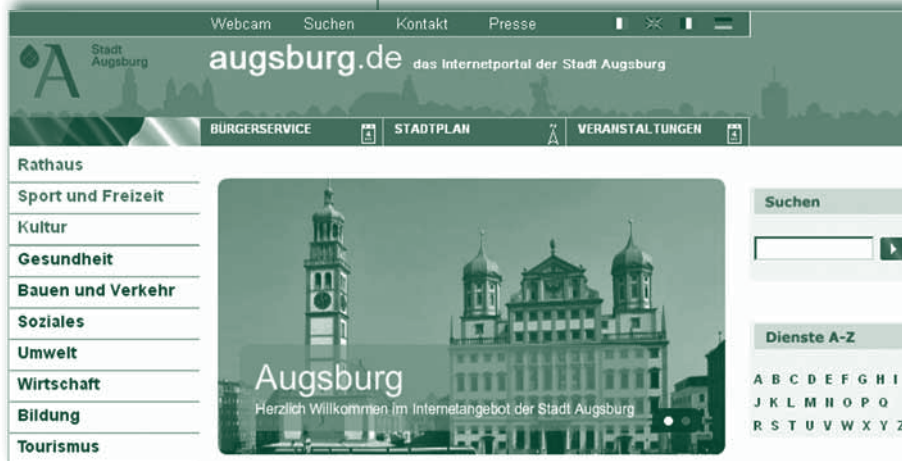
Difu-Expertise nutzen für Stadt und Region

Herzlich willkommen Augsburg, Freiburg i.Br. und Regionalverband Saarbrücken im Kreis der Difu-Partner!

Über einhundert (Groß)städte sowie eine Reihe von Regional- und Planungsverbänden gehören zum Kreis der „Difu-Zuwender“. Sie greifen auf die vielfältigen, praxisorientierten Leistungen zurück, die das Difu zu allen kommunalrelevanten Themen anbietet. In diesem Jahr gesellten sich die Städte Augsburg, Freiburg i. Br. sowie der Regionalverband Saarbrücken zum Kreis der Difu-Unterstützer.

Augsburg

<http://www.augsburg.de/>



Die **Universitätsstadt Augsburg** zählt 265 000 Einwohner und rangiert damit unter den größten Städten Bayerns nach der Landeshauptstadt München und Nürnberg an dritter Stelle. Als eine der ältesten deutschen Städte kann Augsburg auf eine lange Tradition und viele alteingesessene Unternehmen verweisen. Das Ballungsgebiet Augsburg, in dem rund 830 000 Menschen leben, gehört daher als Wirtschafts- und Industriestandort zu den wichtigsten und größten Wirtschaftsräumen in Bayern.

Freiburg

<http://www.freiburg.de/>



Freiburg im Breisgau gehört mit seinen 230 000 Einwohnern zu den größten Städten Baden-Württembergs und ist, in unmittelbarer Nähe zu Frankreich und der Schweiz, die südlichste Großstadt Deutschlands. Die Wirtschaftsregion zählt 630 000 Einwohner, darüber hinaus gehört sie zur trinationalen Metropolregion Oberrhein, die sechs Millionen Menschen umfasst. Freiburg ist eine der klassischen deutschen Universitätsstädte und mit seinem dominanten Dienstleistungssektor die treibende Wirtschaftskraft der Region.

Der **Regionalverband Saarbrücken** erfüllt im Wesentlichen die Aufgaben eines Landkreises. Schwerpunkte liegen in den Bereichen Jugend und Soziales. Darüber hinaus ist er einer der größten kommunalen Schulträger im südwestdeutschen Raum und gibt mit seiner Standortinitiative wichtige Impulse im Bereich der Wirtschaftsförderung.

Difu als Partner bei der Lösung kommunaler Aufgaben

Modernes Stadtmanagement erfordert aktuelles, fundiertes Wissen in allen kommunalrelevanten Gebieten. In den letzten Jahren mussten viele Städte finanziell bedingt die eigene Stadtforschung zurückfahren oder ganz aufgeben. Ohne entsprechendes Wissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert, und falsche oder zu späte Entscheidungen verursachen nicht selten hohe Kosten.

Hier setzt die Arbeit des Instituts an: Difu-Forschungsthemen sind keine „Elfenbeinturm-Themen“. Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Institut praxisnah, berät Kommunen und unterstützt ihre Fortbildungsaktivitäten. Das Difu stellt den Städten seine Forschungsergebnisse zur Verfügung und initiiert sowie moderiert den kommunalen Erfahrungsaustausch. Die „Zuwenderschaft“ zahlt sich daher für die Städte aus, denn sie können viele Vorteile nutzen und von dem beim Difu gebündelten Erfahrungswissen aller Städte profitieren. Durch die enge Kooperation mit den Städten sorgt das Difu dafür, dass sich seine Arbeit direkt an deren Bedarf orientiert.

Die Städte tragen gemeinschaftlich rund zwanzig Prozent des Instituts-Budgets und nutzen dafür sämtliche Leistungen des Difu:

Persönliche Beratung

Als Zuwender können Städte (Verwaltung und Rat) sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden. Sie haben die Möglichkeit, von Experten aller kommunalrelevanten Fachgebiete Rat einzuholen.

Praxisorientierte Fortbildung

Zuwender des Difu zahlen nur stark reduzierte Seminarbeiträge. Difu-Seminare sind meist schnell ausgebucht. Zuwender werden bei der Besetzung der Seminarplätze vorrangig berücksichtigt.

Fortbildung vor Ort

Fortbildungen vor Ort, etwa der örtlichen Verwaltung zu neuen Gesetzen oder aktuellen Entwicklungen, werden zu günstigen Konditionen vor allem für Zuwender angeboten. Diese Möglichkeit hat für die Städte einen hohen Nutzwert bei Fragen, die mehrere Fachgebiete der Stadtverwaltung und die Politik gleichermaßen betreffen.

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwender werden vom Difu als Fallstudienstädte im Rahmen von Studien bevorzugt ausgewählt. Die einbezogenen Städte erhalten so nicht nur detaillierte Analysen ihrer Situation, sie profitieren auch unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellem Stand.

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einzuschätzen und Erfahrungen, Probleme und Lösungsansätze vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Regelmäßige Treffen werden vom Difu – teilweise exklusiv für Zuwender – angeboten.

24-Stunden-Zugang gratis zu Difu-Datenbanken

Die Online-Recherchen in Difu-Datenbanken sind nur für Zuwender kostenfrei. Sie ermöglichen den Zugang zu umfangreichen Informationen nicht nur über kommunalrelevante Literatur(-hinweise), sondern beispielsweise auch über von Städten durchgeführte kommunale Umfragen samt Ergebnissen. Teilweise werden über die Literaturhinweise hinaus Volltexte angeboten. So können Zuwender kostenlos aus den Erfahrungen anderer Städte lernen und profitieren.

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet

Im Difu-Extranet werden Hintergrundinformationen zu wichtigen Fragen der Kommunalpolitik und -verwaltung exklusiv für Zuwender bereit gestellt. Besonders geschätzt wird von Zuwendern neben den Vorträgen

und Präsentationen die Zugriffsmöglichkeit auf die Seminarberichte, da es nicht möglich ist, alle Fortbildungen, die von Interesse sind, zu besuchen.

Jede Neuerscheinung sofort frisch auf den Tisch

Die Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen erhalten Zuwender automatisch kostenfrei zugesandt. Sie kennen daher stets früher als andere neue Forschungsergebnisse und Erkenntnisse zu kommunalen Themen. Dies sichert den Zuwenderstädten einen Wissensvorsprung vor Nicht-Zuwendern.

Difu via Social Media

Nahezu täglich informiert das Difu über die Neuigkeiten aus dem Institut auf seiner Facebook-Seite und hat sich dort auch mit seinen Zuwenderstädten vernetzt. Die Difu-Seite ist öffentlich zugänglich: <https://www.facebook.com/difu.de>.

Last, but not least: Difu – eine Solidar-einrichtung der deutschen Städte

Das Difu wurde 1973 im Rahmen einer Hauptversammlung des Deutschen Städtetages als Solidareinrichtung der deutschen Städte gegründet. Forschungstätigkeit und Mitwirkung in vielen kommunalrelevanten Entscheidungsprozessen auf Bundesebene kommen allen Städten und Gemeinden zugute. Beispiele hierfür sind Baurechtsnovellen, Gemeindesteuerreform, die Ausgestaltung von großen Förderprogrammen und Wettbewerben wie z.B. Soziale Stadt, Wettbewerb Kommunaler Klimaschutz. Daher ist eine Förderung – auch unabhängig vom aktuellen Nutzen für die eigene Stadt – eine solidarische Leistung, die letztendlich auch wieder in den eigenen Kassen ankommt!

Bei Interesse an einem Beitritt in den Kreis der Difu-Zuwenderstädte und -verbände oder dem Wunsch nach weiteren Informationen wenden Sie sich bitte einfach an die Difu-Pressestelle.

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-208/-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de

Überblick über die Vorteile für Difu-Zuwender als Flyer:

<http://www.difu.de/presse/download.html>

Regionalverband Saarbrücken

<http://www.rvsbr.de/>

The screenshot shows the website of the Regionalverband Saarbrücken. At the top, there is a header with the logo and the text 'Willkommen im Regionalverband Saarbrücken'. Below this is a navigation menu with categories: Verwaltung & Organe, Arbeit & Soziales, Schulen & Bildung, Jugend & Familie, Umwelt & Natur, and Tourismus & Wirtschaft. Under each category, there are sub-items: Kultur & Mehr, Bauen & Planen, Europa & Region, Gesundheit, Rechts- & Ordnungsamt, and Presse & Service. The main content area features a 'Presse Aktuell' section dated 'Dienstag, 04.12.2012'. It lists three news items: 'Soziales Dienstleistungszentrum mit neuen Öffnungszeiten', 'Bund kürzt Mittel für Langzeitarbeitslose erneut', and 'Förderschule Mosestraße weilt neuen Schulhof ein'. To the right of the news items is a search bar and a Facebook link.



Kommunaler Klimaschutz 2012

Wettbewerb zeichnet zehn Kommunen für herausragende Projekte aus

240 000 Euro Preisgeld für den Klimaschutz

Zehn Kommunen haben sich mit ihren vorbildlichen Projekten im bundesweiten Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2012“ gegen insgesamt 163 Bewerber durchgesetzt. Insgesamt 240 000 Euro, die wieder in Klimaschutzprojekte zu investieren sind, standen für die Gewinnerkommunen zur Verfügung. Zum vierten Mal führte das beim Difu angesiedelte Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz den Wettbewerb gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden durch.

In diesem Jahr konnten die Bewerbungen von Mitte März bis zum 25. Mai eingereicht werden. Bekannt gegeben und präsentiert wurden die Gewinner und ihre Projekte auf der 5. Kommunalkonferenz „Mit der Energiewende kommunale Zukunft gestalten“ in Berlin. Katherina Reiche, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, überreichte die Preise und lobte das Engagement der Kommunen: „Städte, Gemeinden und Landkreise bringen den Klimaschutz voran. Mit einer Vielfalt innovativer Strategien und Maßnahmen erfüllen sie die Energiewende vor Ort mit Leben.“ Im Tischgespräch „Erfolgsgeschichte Wettbewerb ‚Kommunaler Klimaschutz‘“, das der Leiter des

Difu, Professor Klaus J. Beckmann, mit Wettbewerbsgewinnern der vergangenen Jahre führte, herrschte Einigkeit über die Bedeutung des Wettbewerbs als Multiplikator für erfolgreiche kommunale Projekte. Ebenso wichtig für die ausgezeichneten Kommunen und Regionen sei auch die finanzielle Unterstützung, die mit dem Gewinn einhergeht. Ebenfalls positiv bewerteten die Gesprächspartner die Auflage, das Preisgeld wieder in den Klimaschutz zu investieren.

Ausgezeichnet wurden:

Kategorie 1:

Klimaschutz in kommunalen Liegenschaften
79 Bewerbungen, Preisgeld: je 40 000 Euro

Kreis Steinfurt (Nordrhein-Westfalen): „Sanierung der Technischen Schule Steinfurt“

Mit der integralen Sanierung seiner Technischen Schule inklusive Sporthalle konnte der Kreis Steinfurt die Energieeffizienz im gesamten Gebäudekomplex mehr als verdoppeln. Das ausgefeilte Energiekonzept überzeugt durch seine klimaschonende sowie nutzer-gerechte Ausrichtung. Besonders innovativ: eine speziell entwickelte „Klimawand“, die für Lüftung, Beheizung und Kühlung sorgt.

Stadt Aachen (Nordrhein-Westfalen): „E-View: Der Energieanzeiger in Aachen“

Mit dem von der Stadt Aachen entwickelten internetbasierten Energiecontrolling können etwa zehn Prozent des Energie- und Wasserverbrauchs in den städtischen Liegenschaften eingespart werden. Damit lohnt sich die Maßnahme sowohl für die Stadtkasse als auch für den Klimaschutz. Besonders innovativ: Gebäudenutzer sowie interessierte Öffentlichkeit können über das E-View-Portal auf die grafisch aufbereiteten Daten zugreifen und für ihr Nutzerverhalten sensibilisiert werden.

Stadt Freilassing (Bayern): „Sanierung der Mittelschule Freilassing auf Passivhausniveau“

Mit der energetischen Sanierung der Mittelschule St. Rupert hat die Stadt Freilassing die Mindestkriterien des Passivhausstandards zum Teil deutlich übertroffen. Das Gebäude

Moderator Sven Plöger mit dem Team des Service- und Kompetenzzentrums: Kommunaler Klimaschutz



wurde mit neuer Gebäudehülle, neuem Innenausbau und neuen haustechnischen Anlagen versehen, was nicht nur für ein optimales Lernumfeld sorgt, sondern auch den jährlichen Heizwärmebedarf deutlich senkt.

In diesem Jahr wurden in der Kategorie 1 zwei Kommunen zusätzlich mit dem **Sonderpreis „Green IT“**, der mit einem Preisgeld von je 10 000 Euro dotiert ist, ausgezeichnet:

Stadt Köln (Nordrhein-Westfalen): „Energieeffizienter Umbau des Rechenzentrums Köln-Chorweiler“

Die Stadt Köln hat ihr in den 1980er Jahren erbautes Rechenzentrum von 2010 bis 2012 nach modernsten Kriterien umgebaut und dabei den Einsatz erneuerbarer Energien, Energieeffizienz sowie umfassende Energiesparmaßnahmen auf hohem Niveau miteinander verzahnt. Neben einer effizienten Stromversorgung entwickelte die Stadt ein ausgeklügeltes Klimatisierungskonzept und baute eine intelligente Steuerung der technischen Gebäudeausstattung ein. Um Synergieeffekte zu nutzen, betreibt die Stadt das Rechenzentrum gemeinsam mit dem Landschaftsverband Rheinland.

Landkreis Vorpommern-Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern): „Geothermale Klimatisierung des Rechenzentrums“

Der Landkreis Vorpommern-Greifswald hat für die Servertechnik der Kreisverwaltung eine vorbildliche Kühlungstechnik entwickelt, die sehr gut auch auf andere Rechenzentren übertragbar ist: Der Serverraum wird mittels oberflächennaher Geothermie über Erdwärmesonden gekühlt. Der Landkreis erreicht auf diese Weise eine jährliche Stromersparnis von 80 Prozent im Vergleich zur klassischen Kompressionskühlung. Darüber hinaus regeneriert sich das Erdreich über freie Kühlung im Winter.

Kategorie 2:

Kommunale Kooperationsstrategien
47 Bewerbungen, Preisgeld je 20 000 Euro

Landkreis St. Wendel (Saarland): „Null-Emissions-Landkreis St. Wendel“

Um sein Ziel, bis zum Jahr 2050 bilanzieller Null-Emissions-Landkreis zu werden, zu erreichen, hat der Landkreis St. Wendel ein umfassendes Kooperationsnetzwerk aufgebaut. Die Lenkungsgruppe „Klimaschutz“, der Verein „Zukunfts-Energie-Netzwerk St. Wendeler Land“ und die „Energie-Projekt-Gesellschaft St. Wendeler Land“ vernetzen alle wichtigen Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und schaffen so ideale

Voraussetzungen, um Klimaschutzprojekte zu realisieren.

Region Achenal (Bayern): „Bioenergie und Klimaschutz im Achenal“

Um das ambitionierte Ziel der Energieautarkie bis 2020 zu erreichen, haben die neun Achenal-Gemeinden Bergen, Grabenstätt, Grassau, Marquartstein, Reit im Winkl, Schleching, Staudach-Egerndach, Übersee und Unterwössen 1999 gemeinsam den Verein „Ökomodell Achenal“ gegründet. Durch diese Kooperation konnten zahlreiche Klimaschutzprojekte und -maßnahmen aus der Region und für die Region umgesetzt werden.

Kategorie 3:

Kommunaler Klimaschutz zum Mitmachen
37 Bewerbungen, Preisgeld je 20 000 Euro

Stadt Offenbach am Main (Hessen): „Haus-zu-Haus Beratung Offenbach“

Im Rahmen der Kampagne „Haus-zu-Haus Beratung“ bietet die Stadt Offenbach eine kostenlose, umfassende Beratung zur energetischen Sanierung von Ein- und Zweifamilienhäusern in einzelnen Stadtteilen Offenbachs an. Das Projekt zeichnet sich durch ein gut durchdachtes und strukturiertes Konzept aus, das den Bürgerinnen und Bürgern Impulse für eine energetische Sanierung der eigenen vier Wände gibt.

Gemeinde Oberreichenbach (Baden-Württemberg): „Elektro-Bürgerauto Oberreichenbach“

Mit ihrem Projekt „Elektro-Bürgerauto Oberreichenbach“ bietet die Gemeinde eine durchdachte und klimafreundliche Ergänzung zum öffentlichen Personennahverkehr im ländlichen Raum. Sowohl die ehrenamtlichen Fahrerinnen und Fahrer als auch die Nutzer werden für Elektromobilität sensibilisiert und profitieren gleichzeitig von der verbesserten Mobilität. Konsequenterweise ist das Rathaus, an dem das Bürgerauto aufgeladen wird, mit einer Photovoltaikanlage ausgestattet.

Landeshauptstadt Wiesbaden (Hessen): „CO₂-Marathon Wiesbaden“

Mit der Online-Aktion „CO₂-Marathon Wiesbaden“ ruft die Landeshauptstadt Wiesbaden ihre Bürgerinnen und Bürger auf, sich „per Mausclick“ zu alltagstauglichen Klimaschutzmaßnahmen zu verpflichten. Ziel ist es, auf diese Weise insgesamt 100 Tonnen CO₂ einzusparen. Durch die internetbasierte Aktion ist es der Landeshauptstadt gelungen, sowohl Jugendliche als auch Erwachsene für den Klimaschutz zu sensibilisieren.



Parlamentarische Staatssekretärin
Katherina Reiche,
Bundesumweltministerium

Fotos: Service & Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz

Hinweis:

Detaillierte Informationen sowie Filme und Fotos zu den ausgezeichneten Projekten finden Sie unter www.klimaschutz-in-kommunen.de/wettbewerb/kommunaler-klimaschutz/wettbewerb-2012.

Weitere Informationen, einen Film sowie Fotos zur 5. Kommunalkonferenz finden Sie unter www.klimaschutz-in-kommunen.de/veranstaltungen/2012/11/5-kommunalkonferenz.html

Der Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2013“ startet Mitte Januar 2013.

Weitere Informationen:

Anna Hogrewe-Fuchs
Telefon: 0221/340308-16
E-Mail: hogrewe-fuchs@difu.de

Start in das neue Programmjahr der Fahrradakademie



Der im September beschlossene Nationale Radverkehrsplan 2020 bringt zusätzlichen Schwung für die Radverkehrsförderung in Deutschland. Das Difu bietet mit den Fortbildungen der Fahrradakademie allen Akteuren in Kommunen, Ländern, Planungsbüros sowie Verbänden die geeignete Unterstützung, um neue Chancen zu nutzen und aktuelle Herausforderungen zu meistern.

Vor dem Hintergrund kontinuierlich gestiegener Zufriedenheitswerte bei den Teilnehmern stehen auch in diesem Programmjahr wieder praxisnahes Wissen, Neuigkeiten aus der Forschung und die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch im Mittelpunkt des Angebots.

Bis Mitte nächsten Jahres finden an verschiedenen Standorten im gesamten Bundesgebiet insgesamt 16 ein- oder zweitägige Seminare zu folgenden Themen statt:

- Zum Auftakt wandten sich speziell für die Zielgruppen Polizei, Unfallkommissionen und Ordnungsbehörden zugeschnittene Seminare erstmals direkt an diese wichtigen Partner für mehr Sicherheit im Radverkehr.
- Die aktuellen Neuerungen in Rechtsrahmen und Regelwerk werden vertiefend zu Beginn des Jahres 2013 vorgestellt. Im Mittelpunkt stehen StVO, VwV-StVO und ERA – die wichtigsten Werkzeuge der Radverkehrsförderung.

- Wie selbst unter schwierigen Rahmenbedingungen Erfolge in der Radverkehrsförderung zu erzielen sind, wird in einer weiteren Seminarreihe gezeigt. Themen sind u.a. die Motivierung von Politik, Medien und Bevölkerung, Finanzierung, begrenzte Querschnitte und Topographie.
- Entwicklung und Umsetzung von Radverkehrsstrategien stehen ganz im Mittelpunkt der vierten Seminarreihe. Hier werden die einzelnen Schritte aus politischer und planerischer Sicht beleuchtet und gezeigt, wie auf die spezifischen Zielgruppen des Radverkehrs eingegangen werden kann.

Für die Entscheidungs- und Leitungsebene in Politik und Verwaltung bietet die Fahrradakademie außerdem eine Exkursion nach Straßburg und Offenburg an. Thematisch stehen die Verkehrs- und Förderpolitik der Europäischen Union sowie die in den Exkursionsstädten erlebbaren Erfolge integrierter Mobilitäts- und Stadtplanung im Mittelpunkt. Die Veranstaltung gibt neue Impulse für die Arbeit vor Ort.

Die Fahrradakademie wird vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gefördert. Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie der Deutsche Landkreistag unterstützen die Akademie.

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing.
Wolfgang Aichinger
Telefon: 030/39001-299
E-mail: aichinger@difu.de

Internet:
www.fahrradakademie.de



Foto: Copyright Polizei Berlin

Radverkehr gemeinsam entwickeln

6. Kommunalkonferenz tagte in Hannover

Das jährliche Vernetzungstreffen aller kommunalen Radverkehrsverantwortlichen fand im September 2012 in Hannover statt. Mehr als 250 Teilnehmer folgten der Einladung der Gastgeber Land Niedersachsen, Region und Landeshauptstadt Hannover. Die sechste Fahrradkommunalkonferenz konnte damit einen deutlich stärkeren Besucherstrom als in den vergangenen Jahren verzeichnen.

Bei dem Empfang im stilvollen Alten Rathaus Hannover hatten zunächst die Gastgeber und Veranstalter das Wort. Nach der Präsentation des Nationalen Radverkehrsplans 2020 durch den Parlamentarischen Staatssekretär des Bundesverkehrsministeriums, Enak Ferlemann, wurde die Gründungserklärung der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen in Niedersachsen (AGFK) unterzeichnet. Der niedersächsische Verkehrsminister Jörg Bode gratulierte den Unterzeichnern und überreichte der AGFK zur Unterstützung ihrer Arbeit einen Scheck über 10 000 Euro.

Prof. Dr. Barbara Lenz vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) lieferte mit einem Vortrag zum Thema Warentransport und Pedelecs einen starken Impuls, bisher unterschätzte Potenziale des Radverkehrs auch im Wirtschaftsverkehr zu nutzen. Hauke Jagau führte in seiner Funktion als Präsident der Region Hannover die Teilnehmenden vom inhaltlichen zum geselligen Teil des Abends.

Die Konferenz im Hannover Congress Centrum stand am nächsten Tag ganz im Zeichen der Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans 2020 in Bund, Ländern und Kommunen. Welche Handlungsspielräume hierfür bestehen und wie diese genutzt werden können, erörterten die Eröffnungsvorträge von Axel Dörrie vom Bundesverkehrsministerium und Dr. Norbert Klostermann, dem Vertreter der Stadt Oldenburg bzw. der kommunalen Koordinierungsgruppe Radverkehr (KoKo-Rad). Anschließend bestand die Gelegenheit zur vertiefenden Diskussion in thematischen Arbeitsgruppen.

Am Nachmittag wurden aktuelle Strategien und Beispiele aus der Gastgeberregion vorgestellt. Die anschließende Diskussionsrunde unter dem Titel „NRVP-Bausteine umsetzen“ griff u.a. Ergebnisse der Arbeitsgruppen auf. Der Abschlussvortrag von Patrick Kofler, dem Macher der erfolgreichen Münchner Kampagne „Radlhauptstadt“, hatte den Wandel der Mobilitätskultur zum Thema.

Die vom Difu durchgeführte Veranstaltung wurde durch die finanzielle Unterstützung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ermöglicht und durch das Team der Fahrradakademie vorbereitet.

Arbeitsgruppenergebnisse, Vortragsfolien, Berichte sowie Fotos der vom Difu in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden konzipierten und durchgeführten Konferenz sind im Internet dokumentiert.

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing.
Wolfgang Aichinger
Telefon: 030/39001-299
E-Mail: aichinger@difu.de

Internet-Dokumentation:
www.fahrradakademie.de/fahrradkonferenz/

Empfang im stilvollen Rahmen
des Alten Rathauses Hannover

Fotos: Copyright Difu



Quelle: Emmerdinger TORheiten
Von Vera und Klaus Nunn, 2004

Wenn Einfamilienhausgebiete in die Jahre kommen

Herausforderungen, Perspektiven und kommunale Handlungsperspektiven

Einfamilienhausgebiete galten bisher als „Selbstläufer“ der Stadtentwicklung, für die Kommunen nur Bauland ausweisen mussten. Vor allem junge Familien sollten hier ihren Wunsch vom Wohnen im eigenen Heim verwirklichen können. Für diese stellt der Bau oder Erwerb eines Einfamilienhauses oft die größte Investition ihres Lebens dar, verbunden mit Vorstellungen von einer lebenslangen Wohnperspektive auch für die eigenen Kinder sowie der Absicherung ihrer Altersvorsorge. Neben diesen individuellen Wünschen sind mit dem Ein- und Zweifamilienhaus zugleich gesellschaftliche Vorstellungen einer bestimmten Stadtentwicklungsphase verbunden. Das Einfamilienhaus kann als Ausdruck einer Wohnform auf der Grundlage unerschöpflicher fossiler Energien, grenzenloser motorisierter Mobilität und des Modells der traditionellen Kleinfamilie interpretiert werden.

Die Bedeutung des Einfamilienhauses wird an wenigen Zahlen deutlich, so ist in Westdeutschland jedes dritte Wohngebäude, das zwischen 1949 und 1978 erbaut wurde, ein Ein- oder Zweifamilienhaus. 2004 befand sich jede zweite Wohnung in einem Ein- oder Zweifamilienhausgebäude, d.h. ca. 14,9 von 30,6 Mio Wohnungen. Trotz dieser qualitativen Bedeutung für den Wohnungsmarkt gingen die Kommunen zumindest bis vor einiger Zeit davon aus, dass nach der Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur sowie ihrer Bebauung durch Projektträger oder private Bauherren Einfamilienhausgebiete kaum weiteren Planungs- und Steuerungsbedarf benötigen. Gleichzeitig wurden sie – ganz hoffnungsvoll – als Garanten für Bevölkerungswachstum und Einnahmen aus Einkommensteuer und den auf die Einwohnerzahl bezogenen Umlagen des kommunalen Finanzausgleichs wahrgenommen.

Die immer deutlicher erkennbaren Folgen des demografischen Wandels, veränderte Anforderungen an die Nutzung von Energie sowie ein Wandel von Familienmodellen sind nur einige der grundlegenden Veränderungen, die zu einem Umdenken zwingen. Im Zuge der Forschung zum nachhaltigen Flächenmanagement zeigte sich beispielsweise, dass Städte und Gemeinden heute nur noch selten einen finanziellen Nutzen aus

der Neuausweisung von Bauland für Einfamilienhausgebiete ziehen. Zugleich mehren sich die Anzeichen dafür, dass auch die bestehenden Einfamilienhausgebiete keine „Selbstläufer“ mehr sind. Es zeichnet sich eine Trendwende ab, der Markt alleine regelt die Nachfrage nicht mehr. Zudem werden Bewohner und Häuser gemeinsam älter. Diesen bisher noch wenig erforschten Veränderungen und den möglicherweise daraus resultierenden kommunalen Handlungsnotwendigkeiten widmete sich das Difu im Seminar „Alternde Einfamilienhausgebiete – Herausforderungen und Perspektiven“ im September 2012.

Die Seminarteilnehmer waren sich darin einig, dass das Thema „Alternde Einfamilienhausgebiete“ die Kommunen in Zukunft verstärkt beschäftigen wird. So wird in den kommenden Jahren mit einer wachsenden Zahl alter Menschen in Ein- und Zweipersonenhausgebieten gerechnet. Auch ist zu erwarten, dass aufgrund des Generationenwechsels die Verkaufs- und Vermietungsangebote von Einfamilienhäusern stark zunehmen werden. Oft werden diese Gebäude jedoch nur eingeschränkt nachgefragt, weil sie nur mit hohem finanziellen Aufwand zeitgemäß zu gestalten und auszustatten sind, die Verkäufer oft überhöhte Preisvorstellungen haben und schließlich die Nachfrage nach dem Wohnmodell Einfamilienhaus insgesamt rückläufig ist. Daher ist in den meisten Regionen mit zunehmenden Vermarktungsproblemen dieser Bestände zu rechnen. In strukturschwachen Regionen wird dies zu sinkenden Preisen und zunehmendem Leerstand führen.

Mit (drohenden) Vermarktungsproblemen, Wertverlust, Investitionsrückstand und Leerstand müssen sich zunächst die privaten Eigentümer der Einfamilienhäuser befassen. Ob es darüber hinaus auch kommunalen Handlungsbedarf gibt, wurde im Seminar kontrovers diskutiert. So werden auf der einen Seite die Folgen auf städtebaulicher, infrastruktureller und sozialer Ebene als so gravierend eingeschätzt, dass sich Kommunen zum Handeln gezwungen sehen. Leerstand und Verwahrlosung einzelner Immobilien lösen, wie Erfahrungen aus dem Stadtumbau zeigen, Prozesse des „Down-Trading“

Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Stephanie Bock
Telefon: 030/39001-189
E-Mail: bock@difu.de

Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr. Gregor Jekel
Telefon: 030/39001-190
E-Mail: jekel@difu.de

in der Nachbarschaft aus. Zudem führt die sinkende Einwohnerdichte in Einfamilienhausgebieten schon heute zur Unterauslastung leitungsgebundener Infrastruktur, die sich in steigenden Kosten für die Anlieger niederschlägt. Das Angebot im ÖPNV, ohnehin oft nur in geringem Umfang in diesem Siedlungstyp vorhanden, muss weiter ausgedünnt werden, obwohl die dort verbliebenen älteren Bevölkerungsgruppen vermehrt auf diese Angebote angewiesen sind. Der Bedarf an Schulen und Kitas wird weiter sinken, während Angebote zur Nahversorgung und im Bereich von Gesundheit und Pflege fehlen. Ergänzt um Genderaspekte und die Frage nach einem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen, lässt sich aus dieser kurzen Auflistung bereits ein öffentliches Interesse und Handlungsbedarf ableiten, um den Folgen dieses „Alterungsprozesses“ in Einfamilienhausgebieten zu begegnen. Auf der anderen Seite wurde der Handlungsdruck von vielen Kommunen als noch zu gering bewertet, um diese komplexen Herausforderungen anzugehen. Als besonders erschwerend wurde die Problematik der Ansprache und der Aktivierung privater Hauseigentümer für ihr Gebiet als notwendige Voraussetzung benannt, um Veränderungsprozesse erfolgreich initiieren zu können.

Im Seminar beschränkte man sich jedoch nicht auf die Beschreibung und den Erfahrungsaustausch über aktuelle Probleme in

alternden Einfamilienhausgebieten. Vorge stellt und diskutiert wurden einzelne bereits umgesetzte Lösungsmodelle. Neben der Erstellung von Informationsgrundlagen und einem Monitoring und der Umsetzung planerischer Maßnahmen wie Nachverdichtung und städtebauliche Qualifizierung der Quartiere und der Einrichtung eines Leerstandsmanagements wurden kommunale Förderprogramme, wie „Jung kauft Alt“ und ein breites Spektrum möglicher Informations- und Beratungsangebote präsentiert.

Der Erfolg dieser Handlungsmöglichkeiten hängt – dies ergab die Abschlussdiskussion – entscheidend von der Bereitschaft zur Veränderung im Einfamilienhausgebiet ab. Die Erfolgsaussichten zur Bewältigung dieses strukturellen Umbruchs scheinen dann besonders groß zu sein, wenn sich Eigenheimbesitzer zu einem gemeinsamen Vorgehen entschließen können und Lösungsvarianten für einen Interessenausgleich entwickeln: Anknüpfungspunkte hierfür bieten reaktivierte Siedlervereine und neu gegründete Stadtteilinitiativen. Deutlich wurde darüber hinaus, dass es keine Patentreue für das Modell Einfamilienhausgebiet geben kann. Vielmehr führen die vor Ort unterschiedlichen Rahmenbedingungen, Eigentümerstrukturen, Wohnungsmärkte etc. zu gebietspezifischen Lösungswegen. Der Austausch darüber sollte jedoch, so der Wunsch der Seminarteilnehmer, fortgesetzt und vertieft werden.



Foto: Thomas Preuss

Kulturinfrastruktur und Kulturförderung

Zwischen veränderten gesellschaftlichen Anforderungen und knappen Kassen

Der Kulturauftrag der öffentlichen Hände wandelt sich. Er wird heute nicht mehr als eine primär oder gar ausschließlich mit staatlichen Maßnahmen zu erfüllende Aufgabe begriffen, sondern als eine öffentliche Aufgabe unter Einbeziehung der Wirtschaft und des bürgerschaftlichen Engagements. Zugleich verändern sich die Zielgruppen des kulturellen Angebots infolge der demografischen Entwicklung und einer veränderten Zusammensetzung der Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund hat sich das Difu nach längerer Zeit wieder dem Thema Kultur gewidmet. In Zusammenarbeit mit der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BaköV) im Bundesministerium des Innern wurde im Rahmen eines zweitägigen Seminars eine Positionsbestimmung vorgenommen.

Prof. Dr. Dieter Kramer von der Universität Wien schlug eingangs einen Bogen zwischen dem aufklärerischen kulturpolitischen Anspruch einer „Kultur für alle“ und dem heute zunehmend etatistischen Verständnis des Bedarfs an Kulturinfrastruktur. In der Podiumsdiskussion erörterten Prof. Dr. Dirk Jeschke vom sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, Klaus Hebborn vom Deutschen Städtetag sowie Enzio Wetzel vom Goethe-Institut München die Frage, inwieweit „Kultur und Bildung als zwei Seiten einer Medaille“ angesehen werden können. Deutlich wurde, dass beide Bereiche bisher zu wenig auf Augenhöhe miteinander wirken. Kulturelle Bildung findet vor allem in Gymnasien statt, während sie in anderen Schulformen deutlich unterrepräsentiert ist. Hingegen lautet das bildungspolitische Credo, dass es erst durch eine enge Vernetzung dieser Einrichtungen sozialer Infrastruktur mit der schulischen Bildung einschließlich der Ganztagsbetreuung von Kindern und Jugendlichen gelingen wird, den Anspruch der Sozialraumorientierung von Schulen einschließlich des Abbaus von sozial- und herkunftsbedingten Bildungsbarrieren zu erfüllen. Doch sollten die Bildungseinrichtungen nicht nur Erwartungen an Kultureinrichtungen formulieren, sondern stärker auf diese zugehen. Umgekehrt sollte es großen Kultureinrichtungen ausdrücklich zur Auflage gemacht werden, einen bestimmten Teil ihres

Etats für die kulturelle Bildung zu verwenden. Kulturelle Bildung sollte Bestandteil der gesamtstädtischen Strategie sein. Wie das praktisch aussehen kann, zeigte Mergime Mahmutaj am Beispiel der Stadt Stuttgart.

Prof. Dr. Birgit Mandel von der Universität Hildesheim referierte über die Herausforderungen im Zusammenspiel zwischen Kulturpolitik und Kulturmanagement. Sie plädierte für ein modernes Verständnis von Kulturmanagement mit einer moderierenden reflektierenden und gestaltenden Funktion. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass im Kultursektor derzeit eine Debatte um eine gemeinwohlorientierte Governance von Kultur aufbricht, die in anderen Infrastrukturbereichen schon längerer in Gang ist. Hier macht der Kultursektor eine nachholende Entwicklung durch. In ähnliche Richtung wie Birgit Mandel argumentierte Dr. Patrick Föhl von der Fachhochschule Potsdam und legte anhand von kommunalen Beispielen dar, wie sich eine reflexive Kulturentwicklungsplanung in Regionen umsetzen lässt.

Den Erfahrungsaustausch im „World Café“ rundeten zwei Vorträge ab. Dr. Rupert Graf Strachwitz, Direktor des Maecenata Institut in Berlin legte empirische Befunde zur Rolle des zivilgesellschaftlichen Engagements in der Kultur dar und folgerte, dass engagierte Bürger in ihrer demokratiepolitischen Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden können. Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff, Kulturstaatssekretär a.D., erinnerte daran, dass es bereits im Zeitalter der Industrialisierung das aufkommende Bürgertum war, aus dem wesentliche Impulse zur Gründung von Einrichtungen der Hochkultur ausgingen und plädierte in diesem Zusammenhang dafür, die alte Trennung zwischen öffentlich und privatwirtschaftlich gefördertem Kulturbereich endlich aufzugeben.

Die sehr gut besuchte Veranstaltung machte die gegenwärtigen Konfliktlinien im Kultursektor deutlich. Sie offenbarte aber auch, dass die handelnden Akteure vor Ort bei der Umsetzung eines integrativen kulturpolitischen Auftrags häufig weiter sind, als es die kulturpolitische Debatte zuweilen vermuten lässt.

Weitere Informationen:

Dipl.-Sozialök./Dipl.-Volkswirt
Jens Libbe
Tel. 030/39001-115
E-Mail: libbe@difu.de

Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp
Tel. 030/39001-242
E-Mail: knipp@difu.de

Diagnostik ist keine Sekundenaufnahme!

Clearing und Diagnostik in den Hilfen zur Erziehung

Die Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik führte in Kooperation mit dem AFET Bundesverband für Erziehungshilfe e. V. am 11. und 12. Oktober in Berlin die Tagung „In guten Händen?“ Clearing und Diagnostik in den Hilfen zur Erziehung durch. Ziel der Tagung war es, Fachkräften der öffentlichen und freien Jugendhilfe Wege aufzuzeigen, wie Hilfebedarfe genauer erkundet und geplant werden können. Hierbei wurde unter anderem folgenden Fragestellungen nachgegangen:

Die Fragen aller Fragen waren...

Was sind die „sozialarbeiterischen Regeln der Kunst“? Und was ist diagnostische Kompetenz in der Kinder- und Jugendhilfe?

Für Prof. Dr. Silke Gahleitner, Alice-Salomon-Hochschule, Berlin, ist eine Regel bei der sozialen Diagnostik: Komplexität abzubauen und Strukturierung zu ermöglichen. „Adäquates Verstehen“ erfordert dreifaches Professionswissen aus einer operationalisierbaren Diagnostik (Instrumenteneinsatz), einer biografischen Diagnostik (rekonstruktives Fallverstehen) und einer Sozial- und Lebenswelt-Diagnostik (Passung). Dabei muss der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) den Diagnoseprozess fachlich „überblicken“. Er ist die Schlüsselstelle und hat daher das Recht und die Pflicht, den Diagnoseprozess fachkundig zu steuern. Hierfür wiederum ist eine qualifizierte Praxis ein Muss. Die Fachkräfte der Jugendhilfe müssen sich stärker in den diagnostischen Fachdiskurs einbringen und die therapeutische Kompetenz in die Jugendhilfe zurückholen.

Wer diagnostiziert?

Umsetzung intern oder extern?

Dieser Fragestellung nahmen sich Johannes Schmitt-Althaus vom Jugendamt Stuttgart und Sybill Radig vom Amt für Jugend, Familie und Bildung der Stadt Leipzig an. Beide machten deutlich, dass Diagnostik in „jedem FALL“ gebraucht wird, denn ohne Diagnose ist weder ein Zugang zu Erziehungshilfeleistungen noch zu anderen Hilfesystemen zu bekommen. Es gibt kein Entweder-Oder: Interne und externe Diagnostik schließen sich gegenseitig nicht aus. Diagnostik im ASD erfolge „dialogisch“. Das Zusammenwirken des ASD mit den anderen beteiligten Fach-

diensten und Fachprofessionen sowie den Betroffenen gewährt den „ergebnisoffenen, multiprofessionellen Rundumblick“. In diesem Kontext ist „externe“ Diagnostik als Serviceleistung für den ASD zu verstehen. Der Nutzen externer Diagnostik bestehe vor allem darin, dass Externe sich voll und ganz auf die Diagnostik mit dem Klienten, deren Familie und Dritten widmen können. So lassen sich auch eher jene Hilfen entwickeln, zu denen die Betroffenen Anschluss finden.

Was motiviert Menschen, ihr Verhalten zu ändern?

Da Diagnostik allein nicht ausreicht, damit eine Hilfe wirksam wird, nahm sich zum Tagungsabschluss Prof. Dr. Jürgen Körner, International Psychoanalytic University, Berlin, dieser Fragestellung an. Das Verstehen der Motive für ein Verhalten ist unabdingbar, um überhaupt Veränderungen einleiten zu können, und daher Aufgabe der Diagnostik. Damit ein Mensch sein Verhalten ändert, muss er vor allem moralisch handeln „wollen“. Dafür braucht er positive Bindungserfahrungen und ein „Ich-Ideal“: ein Bild, wer er sein will. Das bedeutet für die Arbeit mit dissozialen jungen Menschen, deren Selbstreflexivität, die Fähigkeit, über sich selbst nachzudenken, zu fördern und den jungen Menschen selbst und nicht sein Verhalten als Bezugsgröße zu nehmen. Aber am wichtigsten ist es, dem jungen Menschen die Eigenverantwortung zuzusprechen und zu übertragen, sich zu entscheiden, ob er sich ändern oder scheitern möchte. Der junge Mensch darf und muss sich entscheiden!

Auch wenn allen am Ende der Tagung bewusst war, dass die Diagnose allein nicht ausreicht, damit Hilfen wirksam werden können, so war doch klar, dass eine fachlich umfassende und gut begründete Diagnose entscheidend den Weg für eine erfolgreiche Hilfe ebnet. Aber, um mit den Worten von Sabina Schäfer, Jugendamt Stuttgart, zu schließen: Der Erfolg hängt auch von der professionellen Neugier der Fachkräfte und vom koproduktiven Prozess des Fallverstehens ab – mit dem Ziel, Motivation zu erzeugen und Hoffnung zu wecken bei den Familien, die die Unterstützung und Begleitung durch die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe eine Zeitlang benötigen.



Prof. Dr. Silke Brigitta Gahleitner,
Alice-Salomon-Hochschule Berlin



Johannes Schmitt-Althaus,
Jugendamt Stuttgart



Sybill Radig, Amt für Jugend,
Familie und Bildung Leipzig



Prof. Dr. Jürgen Körner,
International Psychoanalytic
University Berlin
Fotos: Rita Rabe, AGFJ

Weitere Informationen:

Dipl.-Soz. Maja Arlt
Telefon: 030/39001-195
E-Mail: arlt@difu.de

Tagungsdokumentation:

<http://www.fachtagungen-jugendhilfe.de/>



Auswahl neuer Veröffentlichungen im Difu-Inter- und -Extranet

Online-Publikationen, Semindokumentation, Vorträge

Infos im Difu-Extranet

Im Difu-Extranet sind Vorträge, Semindokumentationen und -berichte, Veröffentlichungen und viele weitere kommunalbezogene Informationen zu finden. Über die Difu-Homepage gelangt man an diese exklusiven Informationen über die Rubriken „Publikationen“ bzw. „Extranet“. Ausschließlich Rat und Verwaltung aus Difu-Zuwanderstädten bzw. -Verbänden haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet: www.difu.de/extranet/

Übersicht der Difu-Zuwander:
<http://www.difu.de/institut/zuwander>

Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de

Veröffentlichungen

Difu-Berichte Heft 4/2012

<http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-aktuell>

Jahresgutachten 2011 zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=3BSP4DZ8>

5 Jahre LEIPZIG CHARTA – Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nachhaltigen Stadt

<http://www.difu.de/publikationen/2012/5-jahre-leipzig-charta-integrierte-stadtentwicklung-als.html>

Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge statt Einzelfallbelastung für Anlieger

<http://www.difu.de/publikationen/2012/wiederkehrende-strassenausbaubeitraege-statt.html>

Semindokumentationen

Vorbeimodernisiert? Wege zur Zukunftsfähigkeit modernisierter Kommunalverwaltungen

<http://www.difu.de/dokument/vorbeimodernisiert-wege-zur-zukunftsfahigkeit.html>

„Alternde“ Einfamilienhausgebiete – Herausforderungen und Perspektiven

<http://www.difu.de/dokument/alternde-einfamilienhausgebiete-herausforderungen-und.html>

Umsetzung kommunaler Verkehrsprojekte: Kommunikation und direkte Bürgerbeteiligung

<http://www.difu.de/dokument/umsetzung-kommunaler-verkehrsprojekte-kommunikation-und.html>

Vorträge

Stadtumbau als Chance

Von Gregor Jekel
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2012-11-06/stadtumbau-als-chance.html>

Bürgerbeteiligung an der Stadt(teil)entwicklung

Von Dr. Bettina Reimann
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2012-10-11/buergerbeteiligung-an-der-stadtteilentwicklung.html>

Gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung: Mehr Gesundheit im Quartier

Von Christa Böhme
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2012-09-20/gesundheitsfoerdernde-stadtteilentwicklung-mehr-gesundheit.html>

Wege und Zeiten – kommunales Mobilitätsmanagement für Familien

Von Tilman Bracher
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2012-09-20/wege-und-zeiten-kommunales-mobilitaetsmanagement-fuer.html>

Kommunale Unterstützungsstrukturen für Wohnprojekte und Nutzergenossenschaften

Von Gregor Jekel
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2012-09-11/kommunale-unterstuetzungsstrukturen-fuer-wohnprojekte-und.html>

Benachteiligte Stadtquartiere – Gesundheitsförderung durch Freiraumentwicklung

Von Christa Böhme
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2012-08-23/benachteiligte-stadtquartiere-gesundheitsfoerderung-durch.html>

Wohnen für alle – Entwicklungen zwischen Vision und Wirklichkeit

Von Gregor Jekel
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2012-08-22/wohnen-fuer-alle-entwicklungen-zwischen-vision-und.html>

Nachhaltige Stadtentwicklung in Deutschland: Rolle und Position im europäischen Kontext

Von Dr. Busso Grabow
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2012-08-15/nachhaltige-stadtentwicklung-in-deutschland-rolle-und.html>

The potential of non-infrastructurel cycling policies

Von Tilman Bracher
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2012-06-27/the-potential-of-non-infrastructurel-cycling-policies.html>

Elektromobilität – Chancen und Risiken für die Stadtentwicklung. Wo stehen wir?

Von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2012-06-12/elektromobilitaet-chancen-und-risiken-fuer-die.html>



Das Difu in Facebook

Neuigkeiten aus dem Difu gibt es auch auf Facebook. Die Difu-Facebook-Seite ist öffentlich zugänglich, also auch ohne eigenen Facebook-Account. Registrierte Facebook-Nutzer, die den „Gefällt mir“-Button auf der Difu-Facebook-Seite anklicken, erhalten zeitgleich mit der Veröffentlichung aktuelle Infos aus dem Difu auf ihre Facebook-Neuigkeitenseite gepostet: <https://www.facebook.com/difu.de>

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de

Difu aktiv – Auswahl

Dr. Elke Becker hielt am 27.9. im Rahmen der Veranstaltung „Städtebau und Recht“ des Instituts für Städtebau Berlin der DASL den Vortrag „Störfaktor Bürger – Stadtentwicklung im gesellschaftlichen Diskurs“. Zudem moderierte sie am 11.10. auf dem vom BMVBS in Berlin durchgeführten 6. Bundeskongress zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik „Urban Energies“ den Workshop „Integration, Teilhabe und Internationalität: die Soziale Stadt“.

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann wurde am 27.9. in den Ausschuss für Infrastruktur, Stadtentwicklung und Bau der IHK Berlin aufgenommen. Zudem wurde er im Oktober von Senator Michael Müller, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt in Berlin, in den Gesprächskreis „Stadtentwicklung und Umwelt“ der FES berufen. Am 2.10. nahm Beckmann als Diskutant beim Architektur-Quartett der DASL sowie der Hamburgischen Architektenkammer „Büro plus/minus öffentlicher Raum“ teil. Am 11. und 12.10. hielt er auf dem 6. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik „Städtische Energien“ den Vortrag „Leipzig Charta und Nationale Stadtentwicklungspolitik: Integrierte Stadtentwicklungsstrategien“. Darüber hinaus referierte er im Difu-Seminar „Umsetzung kommunaler Verkehrsprojekte: Kommunikation und direkte Bürgerbeteiligung“ am 15.10. zum Thema „Bürgerbeteiligung gestern-heute-morgen – zwischen Politikverdrossenheit und Gestaltungsmöglichkeiten“. Am 7.10. hielt Beckmann zum Auftakt der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ den Vortrag „Wohnraumversorgung in den Städten – gibt es eine neue Wohnungsnot?!“ Am 16.10. übernahm Herr Beckmann beim Deutschen Straßen- und Verkehrskongress der FGSV die Moderation der Vortragsreihe Gestaltung von Stadt und Verkehr.

Am 20.09. hielt **Christa Böhme** im Rahmen der 1. Mannheimer Gesundheitskonferenz, die vom Fachbereich Gesundheit der Stadt Mannheim veranstaltet wurde, einen Einführungsvortrag zum Thema „Gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung: Mehr Gesundheit im Quartier“.

Für das Projekt „Fahrradverleihsysteme II“ moderierte **Tilman Bracher** am 18.10. im BBSR in Bonn die erste vom Difu vorbereitete Veranstaltung der Modellstädte.

Dr. Jürgen Gies referierte am 26.9. in Kassel auf dem Kongress „100% Erneuerbare-Ener-

gie-Region“ im Rahmen des Forums 8 „Kurze Wege zur Energieeinsparung: Nahmobilität durch Nutzungsmischung in Stadt und Region“ zum Thema „Stadt und Region der kurzen Wege“.

Gregor Jekel hielt am 11.9. in Köln auf der vom BBSR in Kooperation mit dem DST und der Stadt Köln durchgeführten Fachtagung „Neues Wohnen in Genossenschaften“ den Vortrag „Kommunale Unterstützungsstrukturen für Wohnprojekte und Nutzergenossenschaften“.

Jens Libbe referierte am 7.9. bei der Bundes-SGK in Kassel zum Thema „Die Rolle der großen Städte in der Energiewende“.

Dr. Bettina Reimann hielt im Rahmen der Tagung „Bürgerbeteiligung als Motor der kommunalen Entwicklung. Chancen, Herausforderungen, Handlungsansätze“, die von der Stiftung MITARBEIT Bonn sowie der Evangelischen Akademie Bonn vom 14. bis 16.9. in Loccum veranstaltet wurde, den Vortrag „Der lange Weg von Inseln guter Praxis zu einer kommunalen Beteiligungskultur: Ausgangslage und Herausforderungen“. Zudem nahm sie am 18.9. an der Sitzung des Arbeitskreises „Stadtentwicklung“ der DIHK in Erfurt teil und stellte dort Zielsetzung und Konzeption des Projekts „Bürgerbeteiligung an Großprojekten der Stadtentwicklung“ vor. Am 11.10. referierte Bettina Reimann auf der Sitzung des Ausschusses für Integration der BVV Tempelhof-Schöneberg zu „Bürgerbeteiligung an Stadt(teil)entwicklungsprozessen – unter besonderer Berücksichtigung von Migrant/innen“. Darüber hinaus beteiligte sie sich an der AG „Bürgerkommune“ der KGST, die am 23. und 24.10. in Celle tagte, mit einem Beitrag zur „Bürgerbeteiligung an Großprojekten der Stadtentwicklung“.

Judith Utz hielt am 7.9. in Sarajewo auf Einladung des Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung in Bosnien-Herzegowina (BiH) im Rahmen der Veranstaltung „Klimaschutz durch Kommunen und NROs – zum Nutzen aller Bürger/innen“ einen Vortrag zu „Klimaschutz-Praxiserfahrungen aus deutschen Kommunen“.

Am 7.9. referierte **Maic Verbücheln** auf Einladung der DGAW anlässlich des Netzwerktreffens „Frauen in der Abfallwirtschaft“, in der Landesvertretung NRW in Berlin zum Thema „Klimaschutz in der Abfallwirtschaft“.



Foto: Doris Reichel

Difu-intern: Abschied und Neubeginn



Kathrin Schormüller
Foto: Sybille Wenke-Thiem



Arne Koerdt
Foto: David Ausserhofer



Jan Walter
Foto: Sybille Wenke-Thiem

Nach fünf Jahren am Difu stellt sich **Arne Koerdt** seit Mitte Oktober im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg als Referatsleiter für Rad- und Fußverkehr, Kommunale Verkehrskonzepte und Bürgerbeteiligung einer neuen Herausforderung. Mit dem Aufbau der „Fahrradakademie“ am Difu hat er einen wesentlichen Beitrag geleistet, um kommunale Fortbildung für den Radverkehr zu verankern und bekannt zu machen. Darüber hinaus betreute er Seminare zu kommunalen Verkehrsthemen und war für den Beteiligungsprozess für den Nationalen Radverkehrsplan 2020 zuständig.

Das Difu und ganz besonders das Team der Fahrradakademie bedanken sich für seine hervorragende Arbeit und wünschen ihm weiterhin alles Gute!

Kathrin Schormüller ist seit Juni 2012 Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz als Elternzeitvertretung für Franziska Wittkötter. Zuvor unterstützte sie den Bereich Umwelt als studentische Hilfskraft. Bereits während ihres Geographiestudiums in Tübingen und Bonn sammelte sie praktische Erfahrungen im Themenfeld Klimaschutz beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt sowie beim Bund für Umwelt und Naturschutz in Nordrhein-Westfalen.

Jan Walter verstärkt seit Juli 2012 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Standort Köln das Team im Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz. Hier organisiert und moderiert er unter anderem Fachseminare und Workshops zum Klimaschutz in Kommunen. Vor seiner Tätigkeit am Difu arbeitete der Diplom-Geograph im Fachbereich Energie des Instituts für Energie und Umweltforschung Heidelberg (ifeu) und absolvierte ein Aufbaustudium zum „Koordinator erneuerbare Energien und Energiemanagement“.

Was ist eigentlich ein Lärmaktionsplan?

Ein Lärmaktionsplan ist ein fachübergreifendes Planungsinstrument, das die Belange des Lärmschutzes bei allen infrastrukturellen und umweltpolitischen Planungen soweit wie möglich berücksichtigt. Ziel dieser Planung ist es, einerseits den Umgebungslärm vorrangig an jenen Orten zu reduzieren, wo die Geräuschbelastung ein gesundheitsschädigendes Ausmaß erreicht hat. Andererseits sollen aber gleichzeitig auch ruhigere Gebiete als solche geschützt und erhalten werden. Dafür erließ die EU im Jahr 2002 die „Umgebungslärmrichtlinie“. Hiernach wird im Rahmen eines zweistufigen Verfahrens zunächst der Umgebungslärmpegel in Lärmkarten erfasst und wird im Anschluss ein entsprechender Lärmaktionsplan zur Verminderung von Geräuschbelastungen erstellt. Für die Aufstellung dieses laut Empfehlung alle fünf Jahre zu überarbeitenden Maßnahmen-

katalogs sind die Kommunen verantwortlich, die ihrerseits in enger Abstimmung mit der betroffenen Öffentlichkeit arbeiten sollen. Die Zusammenstellung geeigneter Lärmreduzierungsmaßnahmen ist sowohl von der Größe der Kommune als auch von der bereits vorhandenen Infrastruktur abhängig. Entsprechende Konzepte beinhalten daher meist eine Stärkung des ÖPNV, die Anpassung von Geschwindigkeitsbegrenzungen sowie den Einsatz lärmmindernder Fahrbahnbeläge. Da Lärm schon ab 60 Dezibel das Gehör beeinträchtigen, Stress und Herz-Kreislauf-Erkrankungen verursachen kann, liegt es in den Händen der Kommunen, mit Hilfe jener Pläne nicht nur positive Auswirkungen auf den Gesundheitsschutz und die Verbesserung der Lebensqualität zu erzielen, sondern auch die Kommune an sich als Wohn- und Investitionsstandort aufzuwerten.

Mediennachlese – Auswahl

[...] Darüber hinaus trügen auch steigende Energiekosten nicht zum Anstieg der Mieten, sondern zum Anstieg der Betriebskosten bei, stellt Jekel [vom Difu] klar. „Sie werden bei der Berechnung der Mietbelastungsquoten nicht berücksichtigt, weil diese sich auf Bruttokaltmieten beziehen, also auf den Mietzins selbst zuzüglich ‚kalter‘ Betriebskosten wie Müllabfuhr usw.“ Die durchschnittliche Mietbelastungsquote in Deutschland liege laut statistischem Bundesamt bei 22,8 Prozent. „Im Vergleich dazu gibt ein Haushalt für Strom durchschnittlich etwa drei Prozent seines Einkommens aus.“ Jekels Fazit: „Steuer- und Energiepolitik sind nicht hauptverantwortlich für steigende Wohnkosten. Es ist vielmehr die angespannte Marktlage, die sich in steigenden Nettokaltmieten ausdrückt. Dies gilt insbesondere für viele Großstädte.“ Verantwortlich hierfür macht der Wohnraumexperte die wachsende Nachfrage durch Bevölkerungszuwachs in den Großstädten und die derzeit hohe Attraktivität großstädtischer Wohnimmobilien für Kapitalanleger. „Die stark steigenden Immobilienpreise müssen aber, sofern die Kapitalanleger nicht alleine auf die Wertentwicklung spekulieren, über die Miete refinanziert werden.“ **ARD / WDR, hart aber fair, Faktencheck, <http://www1.wdr.de/themen/politik/faktencheck250.html>, 13.11.2012**

Troubling Trend. Shrinking Population Triggers Explosion in Vacant Homes: While home prices in Germany's urban areas are skyrocketing, the opposite trend can be seen in less densely settled regions. There, shrinking populations are creating housing surpluses and vacant homes in a trend that experts say will soon spread across the country as its population grows grayer. [...] Urban planners are now starting to contemplate what should be done with all of the surplus housing. Simply letting them stand empty would lower the values of surrounding properties. Likewise, having more abandoned houses could cause the formerly idyllic suburbs to morph into problem neighborhoods. „What's happening in these places is starting to become a very major issue,“ says Gregor Jekel, a researcher at the German Institute of Urban Affairs (Difu). „Already today, there are abandoned houses in areas of single-family homes in regions with shrinking populations, and the razing of such structures is being discussed.“ In other words, the domestic bliss of an entire generation could soon meet the wrecking ball. [...] **Spiegel Online International, 11.11.2012**

Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2012“. Zehn Kommunen für herausragende Projekte ausgezeichnet. Zehn Kommunen haben sich mit ihren vorbildlichen Projekten im bundesweiten Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2012“ gegen insgesamt 163 Bewerber durchgesetzt. Initiatoren des seit 2009 jährlich ausgelobten Wettbewerbs sind das Bundesumweltministerium und das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (zuvor Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz) beim Deutschen Institut für Urbanistik. [...] **KGSt Journal, 11/2012**

Ungleichheit ist in Köln keine Ausnahme – wie eine Studie des Urbanistik-Instituts belegt. [...] Die Not ist regional sehr unterschiedlich verteilt. In manchen bürgerlich geprägten Vierteln auf der linken Rheinseite, wo sich auch das Zentrum befindet, gibt es kaum Bedarf an einem kostenlosen Mittagessen. In Trabantenvierteln wie Porz-Finkenbergring oder im deindustrialisierten Kalk ist das ganz anders. Wie Berlin, Bremen, Dortmund, Hamburg und Leipzig gehört Köln zu den Großstädten mit ausgeprägter sozialräumlicher Spaltung, ergab eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Urbanistik. Weniger Ungleichheit fanden die Stadtforscher in Frankfurt, München und Stuttgart. Aber in Kommunen wie Oberhausen gibt es kaum Gegensätze – weil dort schlicht zu wenig reiche Bewohner leben. [...] In heterogen strukturierten Städten wie etwa Köln, Hamburg oder Berlin leben verschiedene Milieus nebeneinander her. Sie halten sich in getrennten Realitäten auf und nehmen sich gegenseitig kaum wahr. Die Erwachsenen bewegen sich meist unter ihresgleichen, der Nachwuchs geht nicht auf dieselben Schulen. [...] **taz, 31.10.12**

[...] „Die Citylogistik erlebt eine Renaissance“, sagt Wulf-Holger Arndt vom Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin. Bereits Ende der 90er-Jahre hatten Forscher europaweit neue Konzepte getestet, um Waren systematischer in die Städte zu transportieren. Doch die meisten Projekte liefen folgenlos aus. Ohne öffentliche Förderung lohnte sich der Aufwand für Logistiker nicht. Jetzt aber haben sich die Bedingungen geändert: Die Spritpreise sind enorm gestiegen, und die Politik erschwert Spediteuren zunehmend die freie Fahrt in die Innenstädte – per Feinstaubplakette oder wie in London sogar mit einer City-Maut. [...], **Financial Times Deutschland 17.10.12**



Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Deutschen Instituts für Urbanistik

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 15, 10969 Berlin

Redaktion

Maja Döring (Praktikantin)
Christian Flick (stud. Hilfskraft)
Cornelia Schmidt (Red.-Assist.)
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Elke Postler,
Eva Hernández (Titel)

Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: vertrieb@difu.de
Telefon: 030/39001-253

Redaktionskontakt und Berichterverteiler

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: presse@difu.de

Difu online:

<http://www.difu.de>
<https://www.facebook.com/difu.de>
<http://www.kommunalweb.de>

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 38/vierteljährlich
Erscheinungstermin: 14.12.2012

ISSN

ISSN 1439-6343

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit und aufgrund des wenigen verfügbaren Platzes verzichten wir darauf, männliche und weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

AZ Druck und Datentechnik GmbH, Berlin. Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle. Belegexemplar/-Link an die Difu-Pressestelle erbeten: presse@difu.de. Anschrift s.o.

[...] Überall in Deutschland kämpfen Bürger dafür, dass ihre Kommunen den privaten Stromanbietern den Saft abdrehen. Sie wollen, dass die Städte das Rad zurückdrehen, die Strom- und Gasnetze zurückkaufen und eigene Stadtwerke gründen. [...] Für viele Kommunen ist das eine Trendwende. In den 90er Jahren, als sie wie heute Haushalts-Sorgen plagten, brachte Privatisierung schnell frisches Geld. Damals aber habe man zu kurzfristig gedacht, erläutert Volkswirt Jens Libbe vom Deutschen Institut für Urbanistik. „Viele Kommunen haben so auf langfristige Erträge verzichtet.“ Jetzt, wo es finanziell wieder knapp wird, wollen sie Stromversorgung, Wasserwerke, Kläranlagen oder Müllabfuhr zurück. Denn mit Stadtwerken lässt sich gutes Geld machen.[...] Doch Rekommunalisierung ist nicht ohne Risiken. Bald stehen hohe Investitionen in intelligente Netze an. Die neuen Stadtwerke müssen sich zudem auf einem ganz anderen Markt behaupten. Wo früher die Kunden bei Monopolen nicht weglafen konnten, tobt seit der Trennung von Netz und Vertrieb der Wettbewerb unter den Anbietern. [...] **Die Welt, 15.10.12**

[...] „Während die Kriminalitätsraten annähernd auf gleichem Niveau verharren oder gar geringfügig zurückgehen, entwickelt sich die Wahrnehmung – also das subjektive Sicherheitsempfinden – von Straftaten eher gegenteilig“, sagt Holger Floeting, zuständig für das Thema Urbane Sicherheit beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu).[...] Dazu, dass öffentliche Räume auch in der Wahrnehmung der Bewohner als sicher gelten, können stadtplanerische Eingriffe viel beitragen. Vor allem der Leerstand von einzelnen Häusern oder gar ganzen Straßenzügen hat einen großen Einfluss auf das Sicherheitsempfinden der Bewohner. [...] „So gesehen ist die Verdichtung der Stadt ein positiver Trend: Je belebter der Stadtteil wirkt, desto sicherer wirkt er auch“, sagt Holger Floeting vom Difu. [...] **Berliner Zeitung, 13.10.12**

[...] Das Häuschen im Grünen: Viele Deutsche erfüllten sich in den 60er-/70er-Jahren diesen Traum. Sie zogen hinaus an den Rand oder ins Umland der Städte, wo in breiter Fläche neue Siedlungen entstanden. „Das war gekoppelt mit einem Familienbild: Die junge Familie mit Kindern hatte den Wunsch, in den Einfamilienhäusern zu wohnen. Die Hausfrau versorgte die Kinder und die Männer fuhren zur Arbeit.“ So Dr. Stefanie Bock, Mitveranstalterin des Seminars über „Alternde Einfamilienhausgebiete“ am Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin. [...] Die in den ersten Nachkriegsjahrzehnten entstandenen Ein- und Zweifamilienhaus-

siedlungen bilden bis heute einen wesentlichen Teil des Gebäudebestandes in Westdeutschland. [...] Angesichts des demografischen Wandels wird sich in Zukunft eine Polarisierung zwischen Regionen mit Bevölkerungswachstum und solchen, die schrumpfen, entwickeln. Und dies bedeutet: Bei älteren Einfamilienhausgebieten in nach wie vor prosperierenden Gegenden ist weiterhin mit wachsender Nachfrage und damit auch steigenden Preisen zu rechnen. Aber in peripheren Lagen werden solche Häuser in Zukunft mit Wertverfall konfrontiert sein. Gezielte Aufwertungsmaßnahmen von alten Gebieten, das Werben um neue Eigentümergruppen oder auch das Schaffen von Einrichtungen für eine alternde Bewohnerschaft seien dringend von Nöten, so die Stadtforscher. [...] **Deutschlandradio, 27.9.12**

Bei einem Expertengespräch zum Thema „Elektromobilität – Hype oder Zukunft“ in den Münchner Riem-Arkaden schlugen sich die Teilnehmer überwiegend auf die Seite der „Zukunft“ und attestierten dem Elektromobil die reale Möglichkeit, die Straßen dieser Welt dereinst zu dominieren. Doch noch „gibt es in Berlin mehr Ladestationen als E-Autos“, merkte Prof. K. Beckmann an. Der Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik wertete die Elektromobilität als nachhaltige Hoffnung für Stadt und Land und begrüßte den nationalen Entwicklungsplan für Elektromobilität, der für das Jahr 2020 eine Million Elektromobile in Deutschland prognostiziert und gar sechs Millionen E-Autos für 2030. Dazu aber bedürfe es veränderter Rahmenbedingungen, um etwa das „Carsharing“ zu fördern, mithin die Hinwendung vom „Besitzer“ zum „Benutzer“. [...] Ein großes Problem sieht Prof. Beckmann in der noch geringen Reichweite der Elektroautos. Wichtig sei der Aufbau einer Infrastruktur von Ladestationen auch auf privater Basis und regenerativen Strom zur spürbaren Senkung von CO₂-Emissionen.[...] **Münchner Merkur, 18.9.12**

Zu schmal, zu holprig, zu gefährlich – es gibt viel Nachholbedarf bei den Fahrradwegen in Deutschland. Die Autoren des Nationalen Radverkehrsplans scheinen zu wissen, dass es in Deutschland in Sachen Fahrrad einen erheblichen Nachholbedarf gibt. [...] Für Leuchtturmprojekte und Fahrradforschung stellt das Bundesverkehrsministerium jährlich gerade mal drei Millionen Euro bereit. Es ist beachtlich, was die Mini-Teams im Ministerium und beim Deutschen Institut für Urbanistik aus diesem Mini-Etat machen. **ARD, Tagesschau, <http://www.tagesschau.de/ausland/radverkehrsplan100.html>, 6.9.2012**

Versandkostenpauschale: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Rechnungsadresse:Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse: Telefon/Telefax: E-Mail: Datum/Unterschrift: **Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:**Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse:

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).

Difu-Impulse

__ Expl. Herausforderungen der Energiewende für das kommunale Energiemanagement

NEU

Doku des 17. Energiebeauftragtenkongresses
Cornelia Rösler (Hrsg.)
Bd. 1/2013. 238 S., Schutzgebühr 23,- Euro,
in Vorbereitung
ISBN 978-3-88118-515-8

__ Expl. Altengerechter Umbau der Infrastruktur: Investitionsbedarf der Städte und Gemeinden

NEU

Von Marion Eberlein und Anne Klein-Hitpaß
(im Auftrag der KfW Bankengruppe)
Bd. 6/2012. 108 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-514-1

__ Expl. 2013 – Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz: „Traumquote“ oder erfüllbarer Auftrag mit Qualitätsgarantie?

Dokumentation der Tagung zum Thema
Kindertagesbetreuung am 1./2. März 2012 in Berlin
Klaus J. Beckmann und Kerstin Landua (Hrsg.)
Bd. 5/2012. 124 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-510-3

__ Expl. Segregation, Konzentration, Polarisierung – sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007–2009

Von J. Dohnke, A. Seidel-Schulze und H. Häußermann
Bd. 4/2012. 140 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-507-3

__ Expl. Bürgerbeteiligung in Kommunen

Anmerkungen aus der Stadtforschung zu einer
aktuellen Herausforderung
Klaus J. Beckmann (Hrsg.)
Bd. 3/2012. 72 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-506-6

__ Expl. Aktionsbündnisse rund um das kommunale Energiemanagement

Doku des 16. Energiebeauftragten-Kongresses
Cornelia Rösler (Hrsg.)
Bd. 2/2012. 216 S., Schutzgebühr 23,- Euro
ISBN 978-3-88118-505-9

__ Expl. Mobilitätsverhalten in Deutschland

Aufbereitung u. Auswertung von Mobilitätskennwerten
Von Wulf-Holger Arndt und Frank Zimmermann
Bd. 1/2012. 116 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-503-5

__ Expl. Flächen ins Netz (FLITZ)

Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen
durch E-Government
Von Busso Grabow u.a.
Bd. 8/2011. 108 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-502-8

__ Expl. Friedhofsentwicklung in Kommunen

Stand und Perspektiven
Von Angela Uttke und Luise Preisler-Holl
Bd. 6/2011. 142 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-500-4

Difu-Papers (für Difu-Zuwender auch als PDF)

__ Expl. Kommunale Umfragen für den interkommunalen Erfahrungsaustausch nutzbar machen: die Difu-Datenbank komDEMOS

NEU

Von Michael Bretschneider
2013. Ca. 28 S., Schutzgebühr 5,- Euro, in Vorbereitung

__ Expl. Kommunale Wirtschaftsförderung 2012: Strukturen, Handlungsfelder, Perspektiven

NEU

Von Daniel Zwicker-Schwarm
2013. Ca. 28 S., Schutzgebühr 5,- Euro

__ Expl. Auf dem Weg, nicht am Ziel

NEU

Aktuelle Formen der Bürgerbeteiligung – Ergebnisse einer
Kommunalbefragung
Von Detlef Landua, Klaus J. Beckmann, Stephanie Bock,
Bettina Reimann
2013. 28 S., Schutzgebühr 5,- Euro

__ Expl. Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge statt Einzelfallbelastung für Anlieger

Von Irene Schlünder
2012. 20 S., Schutzgebühr 5,- Euro

Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe

__ Expl. „Lotsen im Übergang“

NEU

Rahmenbedingungen und Standards bei der Gestaltung
von Übergängen für Pflegekinder
AGFJ im Difu (Hrsg.)
2012. Bd. 86, 172 S., 19,- Euro
ISBN 978-3-931418-93-9

__ Expl. Risiken – Fehler – Krisen. Risikomanagement im Jugendamt als Führungsaufgabe

Doku der Fachtagung am 18./19.04.2012 in Berlin
AGFJ im Difu (Hrsg.)
2012. Bd. 85, 132 Seiten, 19,- Euro
ISBN 978-3-931418-92-2

Versandkostenpauschale: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis**__ Expl. Infrastruktur und Stadtentwicklung**

Technische und soziale Infrastrukturen – Herausforderungen und Handlungsoptionen für Infrastruktur- und Stadtplanung
Von Jens Libbe, Hadia Köhler und Klaus J. Beckmann
Hrsg. Difu und Wüstenrot Stiftung
2010. Bd. 10. 496 S., zahlreiche, auch farbige Abbildungen, Tabellen, Übersichten, 26,- Euro
ISBN 978-3-88118-483-0

__ Expl. Mehr Gesundheit im Quartier

Prävention und Gesundheitsförderung in der Stadtteilentwicklung
Von Bettina Reimann, Christa Böhme und Gesine Bär
2010. Bd. 9. 196 S., 29,- Euro
ISBN 978-3-88118-472-4

__ Expl. Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt

Von Gregor Jekel, Franciska Frölich v. Bodelschwingh u.a.
2010. Bd. 8., 352 S., zahlreiche Fotos, 39,- Euro
ISBN 978-3-88118-475-5

Difu-Arbeitshilfen**__ Expl. Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007**

Muster, Tipps und Hinweise für eine zweckmäßige und rechtssichere Verfahrensgestaltung
Von Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz, Monika Geiß
2011., 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35,- Euro
ISBN 978-3-88118-498-4

__ Expl. Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

A. Bunzel (Hrsg.), M.-L. Wallraven-Lindl, A. Strunz
2010. 188 S., 30,- Euro, ISBN 978-3-88118-486-1

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch/nur als Download)**__ Expl. Klimaschutz & Biodiversität**

Praxisbeispiele für Kommunen zum Schutz von Klima und Biodiversität
Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz beim Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2013. 84 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos und Abbildungen, kostenlos

__ Expl. Fachkongress: Integration vor Ort – Eine Herausforderung für die soziale Stadtentwicklungspolitik

13. Dezember 2011. Dokumentation
Bundestransferstelle Soziale Stadt (Hrsg.), im Auftrag des BMVBS. 2012. 72 S., zahlreiche Fotos
Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=Q073Y5FV>

NEU

Jahresgutachten 2011 zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber

Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), im Auftrag des Informationszentrum Mobilfunk e.V. (IZMF), Gutachter: Difu u. Verbraucherzentrale NRW.
2012. 122 S.
Download: <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=3BSP4DZ8>

NEU

5 Jahre LEIPZIG CHARTA – Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nachhaltigen Stadt

Integrierte Stadtentwicklung in den 27 Mitgliedstaaten der EU und ihren Beitrittskandidaten
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hrsg.), Deutsches Institut für Urbanistik (Bearb.), Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Bearb.). 2012. 92 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos
ISBN 978-3-88118-511-0
Download unter www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de (auch auf Englisch und Französisch)

Natur und Landschaft bei der Konversion militärischer Liegenschaften

Von Arno Bunzel und Daniela Michalski
Im Auftrag der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
2012. 134 S., zahlreiche vierfarbige Abbildungen
Download: <http://www.difu.de/publikationen/2012/natur-und-landschaft-bei-der-konversion-militaerischer.html>

Erfolgreich CO₂ sparen in Kommunen

Praxisbeispiele
„Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ beim Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2012. 84 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos und Abbildungen
Nur noch als kostenloser Volltextdownload verfügbar:
<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=RKUFPIZG>

__ Expl. Kommunaler Klimaschutz 2011

Wettbewerb. Die Preisträger und ihre Projekte
„Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ (Hrsg.)
2012. 120 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos und Abbildungen, kostenlos

__ Expl. Klimaschutz & Unternehmen

Praktische Ansätze der Kommunen zur Förderung nachhaltigen Wirtschaftens
„Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ (Hrsg.)
2012. 88 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos und Abbildungen, kostenlos

__ Expl. Klimaschutz in Kommunen

Praxisleitfaden, Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), 2011. Loseblattsammlung im Ordner, 512 S., farbig
Schutzgebühr 14,40 Euro (innerhalb Deutschlands versandkostenfrei), ISBN 978-3-88118-496-0